

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## Die Reichsbürgerbewegung

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/die-reichsbuergerbewegung>

### Netz-gegen Nazis

Die selbsternannten "Reichsbürger" oder auch "Reichsregierungen" sind mehrere kleine sektenartige Gruppen von Neonazis. Die ersten Reichsregierungen haben sich in den 1980-er Jahren gegründet. Sie vertreten eine antisemitische und revisionistische Ideologie.

Die bekanntesten Reichsbürger sind der ehemalige RAF-Terrorist und heutiger Rechtsextremist Horst Mahler sowie seine Lebenspartnerin Sylvia Stolz.

Die Reichsbürger glauben das deutsche Grundgesetz sei eine "Fortsetzung des Krieges gegen das Reich" und sehen die Bundesregierung als von "den westlichen Siegermächten aufgezwungenes Statut der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk".

Sie behaupten, entgegen der geltenden Rechtssprechung, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches der NS-Diktatur. Ihrer Meinung ist die Bundesrepublik Deutschland völker- und verfassungsrechtlich illegal und damit nicht existent. Dieser Theorie nach sind für die Reichsbürger alle Institutionen und Gesetze der Bundesregierung "falsch" und "unrechtmäßig".

Durch die offensive Leugnung des Holocaust wollen sie nach eigener Aussage "eine Prozesswelle in Gang setzen", um damit öffentlichkeitswirksam ihre neonazistischen Positionen vertreten zu können. In den Gerichtsverfahren versuchen die Beschuldigten zumeist mit pseudowissenschaftlichen Gutachten und abenteuerlichen Verschwörungstheorien den Holocaust zu leugnen und die "Fremdherrschaft" der Bundesrepublik zu beweisen.

Welch skurrile Formen die Tätigkeiten der Reichsbürgerbewegung annehmen können, stellen sie meist bei Gerichtsverhandlungen unter Beweis. So verteilten Reichsbürger beim Prozess des Holocaustleugners Ernst Zündel in Mannheim selbst hergestellte Münzen des "Neuen Deutschen Reiches" an Zuschauer und Journalisten. Andere Reichsbürger produzieren eigene Reisepässe und Führerscheine ihres Fantasie-Staates und ernennen sich selbst zu "Ministern" ihrer "Reichsregierung". In Berlin verkaufte ein Reichsbürger Anteilscheine, um später die Pressluftschlämmer finanzieren zu können, mit denen das Holocaustmahnmal abgerissen werden soll.

Die Reichsbürgerbewegung hat für die deutsche Neonazisszene kaum Bedeutung. Die meisten Rechtsextremisten belächeln die Aktivitäten der Gruppe und halten diese Form der offensiven Leugnung des Holocausts für sinnlos.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## Zum Thema

[| Horst Mahlers Revisionismus-Kampagne](#)

[| Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zur Reichsbürgerbewegung](#)

[| Einschätzung des Verfassungsschutz Hamburg](#)

[| Porträt von Horst Mahler](#)

[| Porträt von Sylvia Stolz](#)

## Lexikon:

- [Reichsbürger](#)
- [Vereine](#)

## Ressorts:

- [So organisieren sie sich](#)
- [Vereine](#)

## Region:

- [Bundesweit](#)

## Das Gericht als Bühne - Horst Mahlers Revisionismus-Kampagne

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/das-gericht-als-buehne-horst-mahlers-revisionismus-kampagne>

Netz-gegen Nazis, Verfasst von [Redaktion](#) am 22. April 2008 - 15:34

"Obwohl das auf der Straße nicht so unmittelbar erkennbar war, hatte zu dem Aufschwung bis zu einem gewissen Maße auch beigetragen, daß der Revisionismus eine kurze Blüte in Deutschland erlebte. Nachdem durch einen Geniestreich von Ernst Zündel der berühmte Autor David Irving ins revisionistische Lager umgeschwenkt war, galt innerhalb des 'Nationalen Lagers' der Revisionismus für eine gewisse Weile als 'der Königsweg' zur Einflussnahme auf politische Ereignisse."

Mit diesen Worten beschreibt der Nazikader Christian Worch in einem Internetforum die letzte größere bundesdeutsche Revisionismuskampagne Ende der 80er Jahre. Aktuell erlebt der Revisionismus innerhalb der bundesdeutschen Nazi-Szene erneut eine Blüte, ohne dass dies auf der Straße unmittelbar erkennbar ist. Dieses Mal ist Horst Mahler ins revisionistische Lager gewechselt und steuert gezielt auf eine Märtyrer-Rolle im Gefängnis zu. Ob dies der "Königsweg" ist oder einen Aufschwung für die Neonazi-Szene zur Folge haben wird, ist zweifelhaft. Eine Betrachtung der neuen revisionistischen Kampagne ist jedoch in jedem Fall geboten, da in den nächsten Monaten bundesweit mit Prozessen zu rechnen ist, die als öffentlichkeitswirksame Bühne für Revisionismus und Antisemitismus genutzt werden sollen.

### Der Berliner Prozess

Anfang Februar 2004 standen in Berlin Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht. Ihnen wurde vorgeworfen, im Oktober 2000 auf der Internetseite des "Deutschen Kolleg" einen "Aufstand der Anständigen" ausgerufen zu haben, in dem unter anderem die "Entausländerung der Wohnbevölkerung" gefordert wurde. An sich kein außergewöhnlicher Vorgang, doch die drei Angeklagten versuchten die Prozessöffentlichkeit zu nutzen, um ihre kaum beachteten politischen Ansichten zu propagieren. Der Prozess wurde von allen Dreien dazu genutzt, das "Deutsche Reich" auszurufen. Horst Mahler nutzte den Prozess zusätzlich als "ideale Auftaktveranstaltung", um seine neue Revisionismus-Kampagne öffentlichkeitswirksam zu forcieren.

### Die Reichsbürger-Bewegung

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Bereits am ersten Prozesstag nutzten die Angeklagten den Presserummel, um eine "Erklärung zum politischen Schauprozeß" zu verteilen. In dieser kündigte das "Deutsche Kolleg" gnädig an, es werde "eine Einstellung des Verfahrens durch das Gericht als strafbefreiende tätige Reue würdigen und darauf verzichten, bei der Reichsermittlungsstelle Anzeige wegen Rechtsbeugung zu erstatten." Weil dies nicht geschah, verkündete Mahler später: "Die daran beteiligten Juristen werden sich demnächst vor Gerichten des Deutschen Reiches wegen dieser Verbrechen verantworten müssen." Hinter diesem Anflug von Größenwahn steht die so genannte Reichsbürgerbewegung von Horst Mahler. Diese geht davon aus, dass das Deutsche Reich fortbesteht und die BRD kein Staat, sondern lediglich eine "Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft", kurz OMF, ist. Die Folgen sind günstig für die Neonazis: So sind zum Beispiel die Kriegsverbrecher-Urteile von Nürnberg ungültig und alle Ausländer im "Reichsgebiet" müssen das "Deutsche Reich" verlassen, da ihre OMF-Pässe und Staatsangehörigkeiten ungültig sind. Es kommt jedoch noch besser: "Die Behörden der OMF-BRD sind gegenüber Reichsbürgern bar jeglicher Legitimation, insbesondere sind sie nicht berechtigt, von Reichsbürgern Steuern zu erheben, gegen Reichsbürger Urteile zu sprechen und zu vollstrecken..." Wie für jede wirre Idee finden sich auch hier überzeugte AnhängerInnen. In Kamenz gelang es Christian J. mit dieser Argumentation erfolgreich, die Bezahlung eines Bußgeldes in Höhe von 38,12 Euro wegen Geschwindigkeitsüberschreitung zu verhindern. In Zeitz landete Christel K. vor dem Amtsgericht, da ihr zu ihrer Unterstützung ein Betreuer bestellt werden sollte. Zuvor hatte sie als "Staatsbürgerin des Deutschen Reiches" Widersprüche gegen Steuern und Gebühren eingelegt, da sie dem "völkerrechtswidrigen Reichszerteilungskonstrukt ‚BRD‘ nicht tributpflichtig" sei. In den Publikationen der Reichsbürgerbewegung wimmelt es von antisemitischen Verschwörungstheorien: Das Bundesverfassungsgericht sei eine "Fremdherrschafts/agentur" der "US-Ostküste" und der "Jahwe-Kult" sei mit der "Reichstheologie" unvereinbar und würde daher verboten werden. Doch wie üblich kommt es auch gleich zum Streit mit anderen Nazi-Gruppen, die sich für die legitime Reichsregierung halten. So greifen die "Reichsbürger" die bisherige konkurrierende "Kommissarische Reichsregierung" um Wolfgang E. aus Berlin an, denn diese "dient sich den Feinden des Reiches als ‚Verhandlungspartner‘ an, um mit diesen gemeinsam zu lasten des Deutschen Reiches Vereinbarungen zu treffen (z.B. einen ‚Friedensvertrag‘ zu schließen)..." Dieser Reichsbürger-Aspekt erscheint im Vergleich zu dem Revisionismus-Aspekt in der Ideologie von Mahler und Co. jedoch eher als belustigende Begleiterscheinung.

## Der Prozess als Bühne

Die öffentliche Hauptverhandlung wurde von Beginn an von Mahler dominiert, der in seinen stundenlangen Einlassungen vor Gericht reinsten Antisemitismus verbreitete, revisionistische Thesen zum Besten gab und offen den Holocaust leugnete. So erklärte er: "In der Vernichtung der Juden waltet Vernunft, davon gehe ich aus (...) Milliarden Menschen wären bereit, Hitler zu verzeihen, wenn er nur den Judenmord begangen hätte." In diesem Stil geht es Prozesstag für Prozesstag weiter, ohne dass sich das Gericht zum Eingreifen genötigt sieht. Die Strafanzeigen für diese Äußerungen überreicht der

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Staatsanwalt Horst Mahler postwendend beim Folgetermin, ohne dass dies an dessen Dauerpropagandashow etwas ändern würde.

## Die Struktur dahinter

Die Prozessführung Mahlers stand in Zusammenhang mit dem "Verein zur Rehabilitierung der wegen des Bestreiten des Holocaust Verfolgten" (VRBHV). Dieser wurde am 9. November 2003 in Vlotho gegründet. Vorsitzender wurde der Schweizer Bernhard Schaub. Seine Stellvertreterin wurde die Leiterin des Collegium Humanum Ursula Haverbeck-Wetzel und Schatzmeister wurde der Berliner Rainer J. Link. Unterstützt wird der Verein von internationalen Revisionisten wie Ernst Zündel (Kanada), Gernar Rudolf und Frederick Töben (Adelaide Institute, Australien).

Zwischen dem VRBHV und dem Deutschen Kolleg kam es, wie in diesem Milieu üblich, zu einer Spaltung. Diese erklärt das uneinheitliche Auftreten der Angeklagten an einigen Punkten. Meenen und Oberlercher hatten bei der VRBHV-Gründung in Vlotho für einen "Reichsbund der Systemopfer" plädiert. Denn "die Privilegierung der Holocaustleugner unter den Systemopfern spalte letztere (...) Das Regime der BRD hat nichts zu rehabilitieren und es kann selber nicht rehabilitiert werden." Mahler stellte dazu klar: "Für beide Seiten ist es ein Kampf auf Leben und Tod – endlich! Es wäre mir nicht im Traume eingefallen, in diesem Kampf Oberlercher und Meenen auf der anderen Seite zu sehen (...) Der Bruch mit MO (Abkürzung: Meenen, Oberlercher) ist also nicht eine aus der Enttäuschung geborene Überreaktion, sondern eine notwendige Umgruppierung, damit wir dem Feind nicht länger den Rücken zukehren."

## Die Strategie dahinter

Die Strategie Mahlers beinhaltet den Versuch, erneut eine Revisionismus-Kampagne zu initiieren. In einem offenen Brief an Bernhard Schaub und Ursula Haverbeck erläutert er sein Ziel, den "Auschwitz-Prozess" wieder aufzurollen. Im Dezember 2003 fand hierfür eine "erste Arbeitssitzung" mit Robert Faurisson (Frankreich) und Ahmed Rami, dem Chef von "Radio Islam", in Frankreich statt. Faurisson soll dafür sorgen, dass die "internationale Gemeinde" der Revisionisten für Mahler und den VRBHV "Gewehr bei Fuß" steht. Ahmed Rami hat eine intensive Berichterstattung für die "islamischen Länder" zugesagt.

Mahler plant durch seine Einlassungen vor Gericht eine neue Anklage wegen Leugnung des Holocaust. Dieser Prozess ist laut Mahler Teil der VRBHV-Strategie: "Wird dann auch noch das Hauptverfahren eröffnet, haben wir erreicht, was wir mit der Vereinsgründung angestrebt haben: es wird gegen ‚eine weltbekannte Person der Zeitgeschichte‘ eine öffentliche Hauptverhandlung wegen ‚Leugnung des Holocausts‘ geben. Damit ergibt sich zum ersten Mal in der Geschichte die Gelegenheit, den ‚Auschwitz-Prozess‘ wiederaufzurollen und die erst nach dem Nürnberger Militärtribunal und nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozess erarbeitenden Beweise zur Widerlegung der offiziellen Geschichtsschreibung mit einem weltweiten Echo ‚gerichtsnotorisch‘ zu machen (...) Ich bin

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

glücklich, dass dieses Schicksal mich ausersehen hat, diesen Schlag gegen unsere Feinde zu führen."

## Der Wahn dahinter

Mahler geht fest davon aus: "Das Projekt Israel ist gescheitert. Die ganze Welt kehrt sich jetzt gegen diesen Störenfried. In spätestens fünf Jahren wird es (vermutlich nach einem von Sharon ausgelösten Atomkrieg) von der Landkarte verschwunden sein. Die Juden sehen das voraus – und sie planen voraus. Ist der Gedanke so abwegig, daß sie Deutschland als ihren Fluchtpunkt ausersehen haben?" Daher planen, laut Mahler, "die klügeren Juden und die klügeren Elemente der politischen Klasse" eine Art eigene Revisionismus-Kampagne, da die "Holokaustreligion vor dem Aus steht": "Bestimmten jüdischen Kreisen könnte bewußt geworden sein, daß sich die Judenfrage gegenwärtig in ungeahnter Weise zuspitzt und ihre Lösung nur die Endlösung sein kann, wie ich sie skizziert habe. Vermutlich sind es die gleichen Kreise, die in der Frage der Holocaust-Religion gegenwärtig den Kurs ändern." Jüdische Wissenschaftler drohen laut dieser Theorie gar die Führung im Lager der Revisionisten zu übernehmen. Demnach scheinen Mahler und Co. zusammengefasst also in etwa daran zu glauben, dass sie als echte Revisionisten die "Holocaust-Religion" kippen müssen, bevor es die "jüdischen Wissenschaftler" tun, um Deutschland als Fluchtpunkt für JüdInnen nach dem Ende Israels zu ermöglichen.

## Die Unterstützer

Die Prozesse gegen Mahler sind regelmäßig überfüllt. Bis zu hundert SympathisantInnen streiten sich um die Zuschauerplätze. Sie verbreiten dabei eine Stimmung, als würden sie Teil eines bewegenden historischen Umbruchs sein. Einige der emotional aufgebracht Mahler-Getreuen ließen sich am ersten Prozesstag gar zu Tumulten hinreißen, da sie keinen Zuschauerplatz mehr abbekamen. Erst nachdem der Prozessbesucher Frank R. deswegen abgeführt wurde, beruhigten sich die Gemüter wieder. Andere Prozess-Besucher meinten mittels Zwischenrufen gleich persönlich eingreifen zu müssen. Nachdem der Vorsitzende Richter dem Zuhörer Karl K. deshalb mit Maßnahmen drohte, erhob Gernot Sch. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn. Diese begründete er unter anderem damit, dass "sich im Zuhörerraum nicht nur Menschen befinden, die sich vom demokratischen Rechtsstaat bereits innerlich abgewandt haben und überall das Walten dunkler Kräfte vermuten (...)" Prozessbeobachter hatten diesbezüglich allerdings einen anderen Eindruck. Unter den Mahler-Unterstützern befanden sich Berliner Rechtsextremisten aller Fraktionen: Sascha K., der ehem. FAP-Aktivist Mirko Tambach, der Neonazikader Rene Bethage und Imke Barnstedt von der Deutschland-Bewegung. Auch auswärtige Besucher verfassten bewegte Erlebnisberichte von den Prozesstagen. So schwärmte der Hamburger Klaus Kaping, wie "das Gericht als Bühne, als Forum" genutzt wird, "um dem Deutschen Volk und der Welt die Verlogenheit (...) vor Augen zu führen." Die Berliner Peter Töpfer (Nationale Anarchisten, Antideutsches Kolleg) und Bernhard Heldt (ALSO-Attac, Deutsche Nationalversammlung) gingen einen Schritt weiter und gründeten das "Komitee Freiheit für Horst Mahler", das auf das gleichnamige Komitee von 1977 um Otto Schily anspielt. Für das

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

"neue" Komitee steckten hinter den Verurteilungen Mahlers aus RAF-Zeiten "die Alliierten Siegermächte und ihre zionistische Lobby" und auch heute würde noch die Demokratie "von den zionistischen Kapitalinteressen beherrscht".

## Ein Märtyrer baut sich auf

Anfang April 2004 wurde Horst Mahler wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates die Ausübung des Berufes des Rechtsanwaltes vorläufig verboten. Für den 68jährigen keine neue Situation. Nachdem er 1974 in Zusammenhang mit seiner Unterstützung für den Aufbau der Roten Armee Fraktion (RAF) wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen versuchten Mord und zur gemeinschaftlichen Gefangenenbefreiung in Verbindung mit einer Verurteilung wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung zu insgesamt 14 Jahren Haft verurteilt worden war, musste er seinen Rechtsanwaltsberuf schon einmal aufgeben. Erst 1988 erhielt er dank seines damaligen Rechtsanwaltes Gerhard Schröder seine Wiedenzulassung. Mahler steuert klar in Richtung Revisionismus-Märtyrer. Eine neue Haftstrafe scheint nach seinen Aussagen bereits fest eingeplant und ein weiterer Schritt in seiner Revisionismus-Kampagne zu sein: "Eine bisher nicht gekannte Entschlossenheit greift um sich: Am 5. Dezember 2003 schrieb Faurisson an mich: „Mark my last words: Zusammen ins Gefängnis!“"

*Dieser Text wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Antifaschistischen Infoblatt (AIB) Erscheinungsdatum Sommer 2004 Heft Nummer 63*

## Ressorts (Netz gegen Nazis):

- [Was sie denken](#)

## Format:

- [Essay](#)

## Region:

- [Bundesweit](#)

## Lexikon:

- [Mahler, Horst](#)
- [Reichsbürger](#)
- [Revisionismus](#)

## "Reichsbürger" in Hamburg

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/einschaetzung-des-verfassungsschutz-hamburg>

Netz-gegen Nazis, Verfasst von [Redaktion](#) am 22. April 2008 - 17:13

### *Einschätzung des Verfassungsschutz Hamburg*

Der Schwerpunkt deutscher Gebietsrevisionisten lag in deren Forderungen und Aktivitäten zur Wiederherstellung des "Deutschen Reiches". Die Anhänger dieser unter diversen Bezeichnungen agierenden und dem Reichsgedanken verhafteten Gruppierungen stellen die Legitimation der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Vertreter sowie Institutionen in Frage und fordern die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes. Dabei bedienten sie sich auch geschichtsrevisionistisch orientierter Argumente.

Von den diversen in Deutschland existenten Reichsgruppierungen mit ihren jeweiligen "Reichsregierungen" und sonstigen "Reichseinrichtungen" sind nicht alle als rechtsextremistisch einzustufen. Einige verfolgen vorrangig finanzielle Ziele und versuchen, ihre Daseinsberechtigung durch die Ausstellung entsprechender Reichspapiere (Personenausweise, Führerscheine, Dienstausweise für Beamte im Staatsdienst, Staatsangehörigkeitsausweise, Reisepässe, Reichsgewerbescheine) zu legitimieren. Innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums hat die Mehrzahl dieser Gruppierungen nur geringe Bedeutung. Wiederholte Vereinigungsversuche blieben bislang erfolglos.

Zu den bekanntesten Vertretern des Deutschen Reichsgedankens zählen das von dem Hamburger Rechtsextremisten Dr. Reinhold Oberlercher und dem Würzburger Rechtsextremisten Uwe Meenen geführte "Deutsche Kolleg" (DK) sowie die von Mahler initiierte "Reichsbürgerbewegung" (RBB), deren Anhänger auch unter der Bezeichnung "Reichsbewegung" (RB) auftreten.

Gemeinsames Ziel dieser beiden Gruppierungen ist die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie. An deren Stelle soll eine "Neue Ordnung ohne Parteienherrschaft" in Form eines "Vierten Reiches" treten. Die Veröffentlichungen dieser Gruppierungen zeichnen sich seit Jahren durch ihre revisionistischen, NS-verherrlichenden, antisemitischen, rassistischen, ausländerfeindlichen, antiamerikanischen und antidemokratischen Tendenzen aus.

Die von Rechtsextremisten mit intellektuellem Anspruch geleiteten Zusammenschlüsse verloren im Jahr 2006 in der rechtsextremistischen Szene stark an Bedeutung. Mahlers Aktivitäten fehlte es an Kontinuität und am erwarteten Zuspruch für den angestrebten personellen und organisatorischen Auf- und Ausbau seiner Initiativen. Die von Rechtsextremisten mit intellektuellem Anspruch geleiteten Zusammenschlüsse verloren im

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Jahr 2006 in der rechtsextremistischen Szene stark an Bedeutung. Mahlers Aktivitäten fehlte es an Kontinuität und am erwarteten Zuspruch für den angestrebten personellen und organisatorischen Auf- und Ausbau seiner Initiativen. Wegen seiner sektiererischen ideologischen Vorstellungen geriet er in die Kritik deutscher Rechtsextremisten.

Das DK versteht sich als "Denkorgan", "geistige Verbindung reichstreuer Deutscher und reichstreuer Schutzgenossen", als "Schild und Schwert" des "Deutschen Reiches" und als "Souverän" des Deutschen Volkes. Dabei zeigte sich das DK grundsätzlich gewaltbefürwortend, indem es erklärte: Zur Erreichung des angestrebten Ziels obliegt dem DK auch das Recht "zum Kriege" und das Recht, "Urteile körperlich zu vollstrecken" sowie das Recht, "Reichsfeinde militärisch unter Beschluss und Beschuss zu nehmen". Wegen seines "geistigen Charakters" erklärte das DK jedoch bislang den Verzicht auf die Ausübung dieses "materiellen Teils der Staatsgewalt".

Die RBB/RB war von Mahler nach seiner Trennung vom DK im Jahr 2003 initiiert worden. Parallel zur Oberlercher-Bewegung wollte er einen von ihm geprägten bundesweiten Zusammenschluss intellektuell Gleichgesinnter schaffen. Alle Deutschen wurden von Mahler aufgefordert, sich in die "Reichsbürgerbewegung zur Vorbereitung des Allgemeinen Aufstandes des Deutschen Volkes" gegen die als "Organisationsform einer Modalität der Feindmächte des Deutschen Reiches" (OMF-BRD) bezeichnete illegitim entstandene und durch "Fremdherrschaft" gekennzeichnete "BRD" einzureihen. Als wesentlichen Bestandteil seines Kampfes zur Wiedererlangung der deutschen Souveränität in einem neuen nationalsozialistisch ausgerichteten Volksstaat sieht Mahler die Entmachtung der "Judenheit" und der von ihr dominierten "US-Ostküste". Laut Mahler sei das Deutsche Volk "erst dann wieder frei, wenn Deutsche ungehindert mit den Hakenkreuzfahnen der Nationalsozialistischen Bewegung durch das Brandenburger Tor marschieren" könnten.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der RBB/RB-Anhänger waren Schulungs-Veranstaltungen, bei denen Mahler seine Ideologie und politischen Vorstellungen zu vermitteln versuchte. Im Januar gaben seine Anhänger als "Informationsdienst" der "Reichsbewegung" die Schrift "Das Reich" heraus. Darin ist als Kontakt- und Ansprechpartner ein Hamburger Mahler-Anhänger mit seiner Internet- und Postfachadresse genannt.

Auch Hamburger Rechtsextremisten und Personen waren in revisionistische und antisemitische Aktivitäten eingebunden. Insbesondere waren sie an Wortergreifungsaktionen der RBB/RB, des VRBHV oder des DK beteiligt. Auch nahmen sie an den Treffen dieser oder anderer revisionistischer Gruppierungen (sog. Reichsgruppierungen) teil. Darüber hinaus waren sie bei revisionistischen Veranstaltungen präsent oder setzten sich - wie der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger - vor Gericht für angeklagte Revisionisten ein.

Die Bemühungen um den Aufbau einer regional strukturierten, zur kontinuierlichen Arbeit befähigten sog. "Reichsbürgerbewegung-Region Hamburg" bzw. "Reichsbürgerbewegung-Region Nord" blieben weiterhin erfolglos. Hierfür setzte sich insbesondere der frühere

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Hamburger DK- und jetzige Mahler-Anhänger Klaus Kaping ein, der sich wegen seiner volksverhetzenden Aktivitäten bereits gerichtlich verantworten musste. So war er Anfang 2005 vom AG Bad Oeynhausen zu einer Geldstrafe verurteilt worden, nachdem er im November 2003 in einem Artikel über die Gründung des VRBHV die offiziellen Opferangaben über die in Auschwitz vergasteten Juden in Frage gestellt und den Holocaust als "Mythos" und rein jüdisch-religiöse Angelegenheit bezeichnet hatte. Vor Gericht hatte er seine Äußerungen unter dem Beifall einiger Zuschauer vehement verteidigt. Bei seinen Bemühungen um den Aufbau einer Hamburger bzw. norddeutschen RBB/ RB suchte Kaping auch den Kontakt zu anderen Hamburger Rechtsextremisten. Von der Hamburger NPD wurde er als "Freund" bezeichnet und war für eine Veranstaltung des NPD-KV Altona am 01.03.06 als Referent zum Thema "Korruption in der BRD" vorgesehen.

Die Aktivitäten des DK in Hamburg blieben im wesentlichen auf Reinhold Oberlercher beschränkt. Seine Versuche, neue Anhänger z.B. in der Hamburger NPD zu gewinnen, blieben bislang erfolglos.

*Dieser Text ist ein Auszug aus dem Verfassungsschutzbericht Hamburg 2006*

## **Ressorts (Netz gegen Nazis):**

- [Was sie denken](#)
- [Nazi-Mythen und Lügen](#)

## **Format:**

- [Essay](#)

## **Region:**

- [Bundesweit](#)
- [Hamburg](#)

## **Lexikon:**

- [Reichsbürger](#)
- [Nazi-Mythen und Lügen](#)
- [Revisionismus](#)

## Reichsbürgerbewegung

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/der-verfassungsschutz-nordrhein-westfalen-zur-reichsbuergerbewegung>

Netz-gegen Nazis, Verfasst von [Redaktion](#) am 22. April 2008 - 17:30

*Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zur Reichsbürgerbewegung.*

Regierungen für das "Deutsche Reich"

### Vorgeschichte

Seit Mitte der 80iger Jahre treten Gruppen auf mit dem Anspruch, das untergegangene Deutsche Reich als 'Reichsregierung' zu vertreten. Damals wurde die erste 'Kommissarische Reichsregierung des Deutschen Reiches' bekannt. Ein ehemaliger Reichsbahnbeamter aus Berlin gründete diese Organisation. Er selbst bezeichnete sich als "Reichskanzler des Staates Deutsches Reich". Im Laufe der Zeit zerstritten sich einzelne Mitglieder mit diesem "Kanzler" und seiner "Regierung" und bildeten neue Reichsregierungen, deren Funktionäre sich selbst zu "Kommissarischen Reichstagspräsidenten" und "Reichsministern" ernennen. Es werden "Reichstage", "Reichsbehörden" und sogar "Reichsgerichte" eingerichtet. Die derzeit aktivste Gruppierung dürfte die 'Exilregierung des Deutschen Reiches' sein.

### Zielsetzung

Die 'Reichsregierungen' sprechen der Bundesrepublik Deutschland trotz des **Deutschlandvertrages von 1955** und des **Vertrages von 1990** die völkerrechtliche Souveränität ab. Sie zweifeln die Legitimität des Grundgesetzes an. Hierbei handele es sich nach ihrer Auffassung nicht um eine Verfassung, da das deutsche Volk nicht darüber abgestimmt habe. Quasi als Übergangsverfassung wird von ihnen die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 angesehen.

In ihren Thesenpapieren fordern sie die Wiederherstellung der Grenzen von 1937, vertreten die Auffassung, dass das Deutsche Reich juristisch nicht untergegangen sei und stellen die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland sowie ihrer Verfassung in Frage. Nach ihrer Ansicht besteht das Deutsche Reich fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig. Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland sei nicht ein neuer deutscher Staat gegründet, sondern lediglich ein Teil Deutschlands neu organisiert worden.

### Aktivitäten

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Zur Finanzierung ihrer Aktivitäten werden von Mitgliedern/Sympathisanten als "Reichssteuern" bezeichnete Beiträge erhoben. Neben dieser Einnahmequelle werden diverse "offizielle" Papiere gegen Gebühr ausgegeben, wie etwa "Reichsführerscheine", "Reichsbaugenehmigungen", "Reichspersonalausweise". Dabei handelt es sich jedoch um reine Phantasiepapiere.

Das Bundesverwaltungsamt in Köln leitete in der Vergangenheit über 300 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen missbräuchlicher Verwendung des Bundesadlers gegen Personen, die derartige "Ausweise" bei offiziellen Stellen vorlegten, ein. Aber auch Strafverfahren wegen Amtsanmaßung (§ 132 StGB) und Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen (§ 132 a StGB) wurden eingeleitet.

Mit der Nichtanerkennung der aktuellen deutschen Grenzen und der Forderung der Grenzen von 1937 verfolgen diese Gruppen einen sogenannten Gebiets- oder geographischen Revisionismus. Hierbei handelt es sich um ein verbindendes Ideologieelement des gesamten rechtsextremistischen Spektrums, daher gehört es zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes, auch derartige Bestrebungen aufmerksam zu betrachten.

*Dieser Text ist ein Auszug aus dem Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen*

## **Ressorts (Netz gegen Nazis):**

- [Was sie denken](#)

## **Format:**

- [Essay](#)

## **Region:**

- [Bundesweit](#)
- [Nordrheinwestfalen](#)

## **Lexikon:**

- [Reichsbürger](#)
- [Revisionismus](#)

## Deutschland gegen Germania Bauamt will Prignitzer „Fürstentum“ räumen

Quelle: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/176637/>

Potsdamer Neueste Nachrichten, 05.05.2009

von Alexander Fröhlich

Krampfer – Dem wegen angeblich rechtsextremer Hintermänner umstrittenen „Fürstentum Germania“ in der Prignitz droht die Räumung. Seit mehreren Monaten hausen mehrere Bürger des selbsternannten Kirchenstaats in einem heruntergekommenen Schloss in Krampfer, einem Ortsteil der Gemeinde Plattenburg mit 260 Einwohnern. Nun sollen sie das baufällige Gebäude verlassen, die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Prignitz hat die Nutzung untersagt und eine Frist bis 15. Mai gesetzt.

Fürstentum-Sprecher Sven Switer erklärte am Montag gegenüber den PNN, die Räumung sei den Bewohnern des Schlosses von den Behörden angekündigt worden, „weil es Auflagen gibt, die von Seiten der BRD gestellt werden, ob man dort wohnen darf“. Die zuständige Geschäftsbereichsleiterin des Landratsamtes wollte sich nicht zu dem Fall äußern und verwies auf den Datenschutz.

Tatsächlich haben die Fürstentum-Bewohner nach Informationen der PNN schlicht keinen Bauantrag gestellt, um es als Wohnung zu nutzen. Denn das Schloss, vor der Wende als Kindergarten genutzt, war jahrelang unbewohnt. Offenbar haben die Bürger des dubiosen Staatsgebildes aber mehrere Angebote der Baubehörde ausgeschlagen, um einen Bauantrag nachträglich zu stellen. Das passt zur bisherigen Haltung der Germania-Bürger, die völlig autark leben wollen und die Bundesrepublik sowie das Grundgesetz nicht anerkennen. Vielmehr gilt in ihren Augen noch die Verfassung des Kaiserreichs.

Brandenburgs Innenministerium spricht bislang von einer „wildem Gemengelage“, extremistische Bestrebungen seien bislang nicht erkennbar. Gabriele Schlamann vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechts nennt die Schlossbewohner einen „bunten Haufen von Verschwörungstheoretikern, Holocaustleugnern und alternativen Aussteigern“. Der Sektenbeauftragte der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Thomas Gandow, sieht Verbindungen in die rechtsextreme Szene. In der Gemeinde selbst herrscht Verunsicherung.

Auf die Räumung wollen die Schlossherren friedlich reagieren, kündigte Sprecher Switer an. „Wir werten das aber als Eingriff in unsere Freiheit.“ Nun suchen die Bewohner nach Alternativen: „Wenn wir es mit der völkerrechtlichen Anerkennung durch andere Staaten nicht in trockenen Tüchern haben, werden wir draußen in Zelten schlafen.“ Allerdings

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

könnten auch dabei die Behörden einschreiten – wenn es zu viele werden auf dem 4000 Quadratmeter großen Gelände. Ein Zeltplatz ist das nämlich auch nicht. *Alexander Fröhlich*

- [Email an Autor schreiben](#)
- Erschienen am 05.05.2009 auf Seite 15

## Schlossfürsten räumten Germania

Quelle: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/180630/>

Potsdamer Neueste Nachrichten, 19.05.2009

von Alexander Fröhlich

Krampfer – Die drohende Räumung durch die Polizei blieb am Montag aus, die Bewohner des dubiosen Kirchenstaats „Fürstentum Germania“ verließen freiwillig das Schloss in Krampfer, einem Ortsteil der Gemeinde Plattenburg in der Prignitz. Und doch machen sie weiter. „Wir sind ausgezogen und wohnen nicht mehr da, wir wollten so wenig Stress wie möglich“, erklärte der Sprecher des selbst ernannten Fürstentums gestern. Allerdings würden sie das heruntergekommene Gebäude weiter nutzen – jedoch nicht als Wohnung. Das hatte die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Prignitz den Schlossbewohnern untersagt, weil ein Bauantrag fehlte, um das seit der Wende leer stehende Schloss als Wohnraum zu nutzen. Wie berichtet lief eine von der Behörde gesetzte Frist zum Räumen des Schlosses am Freitag aus. Der Sprecher nannte dieses Vorgehen Schikane.

Im Fürstentum tummeln sich Aussteiger, Esoteriker und Revisionisten, 200 Bürger sollen es sein, 13 lebten bis gestern im Schloss. Nach ihrem Verschwörungsdenken gibt es die BRD nicht, sie sehen sich als Kirchenstaat auf Basis der Reichsverfassung von 1871 und wollen autark leben. Erst in der Vorwoche hatte sich Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) besorgt gezeigt über die Umtriebe der Germania-Bewohner, ihre politischen Ansichten seien eine Mischung aus Rechts- und Linksextremismus. „Wir wissen, sie stellen das System infrage, sie wollen ein anderes System“, so Schönbohm. „Das ist eine Sache, die zu brodeln beginnt.“

Eine neue Bleibe haben die Fürstentum-Bürger ihrem Sprecher zufolge im Dorf selbst und ein paar Kilometer weiter in Kleinow gefunden. Vor zwei Jahren war dieses Dorf bereits in den Schlagzeilen, weil angeblich der Hamburger Rechtsextremist und NPD-Funktionär Jürgen Rieger in früheren LPG-Gebäuden ein Schulungszentrum etablieren wollte. *Alexander Fröhlich*

- [Email an Autor schreiben](#)
- Erschienen am 19.05.2009 auf Seite 14

## Brandenburger Einblicke gegen rechts

Dirk Wilking u. Michael Kohlstruck, Hrsg., Demos. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Eigenverlag, Potsdam 2010, 208 Seiten.

Quelle: [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/bag\\_rex/rundbrief\\_3-4\\_2010.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/bag_rex/rundbrief_3-4_2010.pdf)

Das Land Brandenburg ist seit Anfang der 1990er Jahre infolge rechtsextremer Aktivitäten regelmäßig in den Schlagzeilen. Gleichwohl treffen wir gerade hier auf eine lebendige Zivilgesellschaft und ambitionierte Projekte gegen Rechtsextremismus.

Nunmehr seit 1998 ist das Mobile Beratungsteam (MBT) aktiv in die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen involviert. Erfahrungen, Expertisen und Handlungsanleitungen werden in unregelmäßigen Abständen in der Reihe »Einblicke« des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung, dem Träger der Beratungsteams, vorgestellt.

Nach 2004 und 2007 erschien nun der dritte Band dieser von Dirk Wilking, Leiter des Instituts, sowie Michael Kohlstruck, Mitarbeiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, herausgegebenen Reihe. Darin berichten die Beraterinnen und Berater in den einzelnen Beiträgen über die oftmals ganz spezifischen Anforderungen an ihre Beratungstätigkeit im ländlichen oder kleinstädtischen Raum, erläutern Fallbeispiele aus ihrer Arbeit und analysieren Tendenzen des brandenburgischen Rechtsextremismus.

Zunächst jedoch stellt Frauke Postel das von den MBT angewandte »systemische Beratungsmodell« vor, mit dem der Komplexität und prinzipiellen Offenheit von Beratungsprozessen und der Vielfalt der Akteure Rechnung getragen wird. Ray Kokoschko und Katja Hoffmann widmen ihren Artikel einer Sozialraumanalyse, mit deren Hilfe Probleme und Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf der einen sowie der Förderung demokratischen Engagements im ländlichen Raum auf der anderen Seite auf den Punkt gebracht, aber auch Potentiale durch »Zusammenhalt und eine dörfliche Identität« (S. 26) aufgezeigt werden. Dabei wird nicht erst bei der Thematik des Rechtsextremismus angesetzt, indem gerade sozialräumliche Konflikte in den meist strukturschwachen Regionen thematisiert werden.

In diesem Ansatz – es wurden u. a. Interviews geführt – kommen auch die lokalen Akteure, die Menschen vor Ort, zu Wort. Statt einfach über sie zu reden, werden sie in die Problemanalyse – und das ist Teil des systemischen Ansatzes – eingebunden. Die beiden Autoren erkennen auch die Rolle und Bedeutung von Frauen für das ehrenamtliche Engagement und »die Ausgestaltung des soziokulturellen Lebens« (S. 26) in den Kommunen, ohne ihre ganz richtige Erkenntnis theoretisch zu unterfüttern.

Am Beispiel der brandenburgischen Kleinstadt Zossen stellen Andrea Nienhuisen und Jan Kasiske die lokalen rechtsextremen Akteure – darunter auch die »Freien Kräfte Teltow-Fläming« – vor: Diese, eine Gruppe junger, meist männlicher Erwachsener, machen in Zossen und Umgebung durch Gewalttaten und Propagandadelikte auf sich aufmerksam.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Auch wird das Zusammenwirken von »Autonomen Nationalisten«, NPD und kuriosen Vereinigungen wie den »Reichsbürgern« beschrieben, um anschließend kommunalpolitische Konflikte, die nicht losgelöst vom Rechtsextremismus-Problem existieren, aber auch Potentiale, aufzuzeigen. Deutlich wird: Das politische Klima in der Kommune kann zivilgesellschaftliches Engagement ebenso behindern wie stimulieren.

Warum sind Schmierereien rechtsextremen Inhalts problematisch und was kann jede/r Einzelne dagegen tun? Recht ausführlich stellt Robin Kendon zunächst verschiedene Nachschlagewerke, die über rechtsextreme Symbole und Zeichen aufklären, vor, bevor er Motive rechtsextrem(-orientierter) Jugendlicher, rechtsextreme Codes zu benutzen, rechtliche Grundlagen und Handlungsoptionen von mobiler Beratung und Zivilgesellschaft beleuchtet. Er stellt klar: »Nicht die äußere Erscheinungsform ist entscheidend, sondern die dahinter liegenden menschenverachtenden Einstellungen.« (S. 88) In einem Interview mit Karin Dörre und Jürgen Lorenz geht Michael Kohlstruck den Hintergründen des Mordes von Templin nach. Im Juli 2008 ermordeten zwei junge Männer, der rechtsextremen Szene nahe stehend, in einem regelrechten »Exzess« (S. 95) den Tischler Bernd Köhler. Tatsächlich erinnern Tathergang und Umstände die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner unweigerlich an den Mord an Marinus Schöberl.<sup>1</sup> Nach der Tat von Templin waren bei den politischen Verantwortlichen Überforderung und Sprachlosigkeit zu spüren; man fürchtete »eine Stigmatisierung der Stadt als Hort des Rechtsextremismus« (S. 98). Und trotzdem begann eine beispielhafte Auseinandersetzung in der Stadt.

Schlagzeilen machte auch die Gründung des »Fürstentums Germania«, das sich seit dem Sommer 2008 in der brandenburgischen Prignitz etablierte. Schnell wurde das »Fürstentum« zum Tummelplatz von Verschwörungstheoretikern, den so genannten »Reichsbürgern«, Alternativen und Personen aus der Esoterikszene, wie Mario Feist beschreibt. Dahinter stand die Idee der Initiierung eines autarken Staates jenseits der Hoheit der Bundesrepublik, der Aufbau einer eigenen »heilen Welt«.

Schnell aber scheiterte die »heterogene Gesellschaft« (S. 110) des »Fürstentums« an inneren Widersprüchen und Konflikten und das Projekt geriet in eine nachhaltige Krise. In seinem mitunter etwas unstrukturiert daherkommenden Beitrag hebt der Autor die enorme Bedeutung des Internets für die Außenwirksamkeit des »Fürstentums« hervor. Anknüpfend geht Gabriele Schlamann in ihrem Beitrag auf den Prozess des kritischen Umgangs der Bevölkerung und der Verwaltung vor Ort mit dem »Fürstentum« ein.

Nicht zuletzt wird in einem sehr informativen Artikel dem Wirken der rechtsextremen Parteien DVU und NPD in Brandenburg aufgespürt. Seit den Kommunalwahlen in Brandenburg im Jahr 2008 finden wir in 13 von 14 Kommunalvertretungen rechtsextreme Verordnete vor. Trotzdem verweisen Susanne Kschenka und Anett Müller zunächst auf die derzeitige Schwäche der DVU: die NPD kündigte den »Deutschlandpakt« mit der DVU auf; die Bundespartei befindet sich in der Krise und muss einen rasanten Mitgliederschwund hinnehmen; zudem verpasste die DVU den erneuten Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag deutlich und erreichte in keinem kommunalen Gremium Fraktionsstatus. So ist die DVU auch in den Kommunalparlamenten, in die sie Abgeordnete entsenden konnte, kaum präsent. Das Wirken ihrer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger beschränkt sich meist auf das Stellen schriftlicher Anfragen. Ganz anders

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

stellt sich die NPD dar, die mit 16 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen vertreten ist und deren Landesverband seit einigen Jahren infolge der kontinuierlichen Aufbauarbeit stetig wächst. Vor einer Unterschätzung der Partei und deren »innerparteiliche[n] Zusammenhalt[s]« (S. 157) sei zu warnen, so die Autorinnen des Beitrags.

Neben konkreten rechtsextremen Initiativen werden übergreifende Ziele und Strategien rechtsextremer Aktivitäten in kommunalen Gremien benannt. So versuchen sich die rechtsextremen Akteure oft als »Kümmerner« in Szene zu setzen, bedienen gleichsam als »Provokateure« die eigene Klientel. Der Analyse rechtsextremer Bestrebungen werden Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Verordneten entgegengestellt.

Der Fokus auf Synergieeffekte zwischen demokratischen Verordneten und Zivilgesellschaft gerät dabei jedoch etwas aus dem Blickfeld.

Anhand verschiedener Szenarien stellt Katarina Reichmann schließlich das Projekt »Elternwege-Beratungswege«, das »die modellhafte Erprobung der Gemeinwesenberatung im Kontext von Erziehung.« (S. 189) behandelt, vor. Dieser und die anderen Beiträge machen »Einblicke III« zu einem lesenswerten Handbuch für alle, die sich aktiv in ihrer Kommune, gerade im ländlichen Raum, mit rechtsextremen Erscheinungsformen konfrontiert sehen. Der systemische Ansatz eröffnet, wie die vorgestellte Fallbeispiele zeigen, Potentiale und Möglichkeiten in dieser Auseinandersetzung.

Zwar werden auch Probleme und Herausforderungen in der Mobilen Beratung benannt, das Aufzeigen des ein oder anderen Negativbeispiels hätte dem Band jedoch sicherlich nicht geschadet. Auch fehlen nähere Angaben zu den einzelnen Autor/innen. »Einblicke III« ist eine wichtige und lehrreiche Bestandsaufnahme rechtsextremer Aktivitäten im Bundesland Brandenburg, aber auch Darstellung zivilgesellschaftlicher Gegenaktivitäten und damit ein nützlicher Ratgeber für Kommunen und Bündnisse gegen rechts.

Der Band ist zu bestellen über die Geschäftsstelle des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung. Siehe: <http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/>

Er kann auch als pdf-Datei heruntergeladen werden über: <http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2010/2560/>

## Yves Müller

1 Vgl. Michael Kohlstruck u. Anna Verena Münch, Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl., in: Andreas Klärner u. Michael Kohlstruck, Hrsg., Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 555. Bonn 2006, S. 302–336

## Fahrzeughalter aus LOS überklebt Kennzeichen

Quelle: <http://www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/327066/>

Märkische Oderzeitung, 25.06.2011-20:06 Uhr

Red. Eisenhüttenstadt, [eisenhuettenstadt-red@moz.de](mailto:eisenhuettenstadt-red@moz.de)

Eisenhüttenstadt (moz) Deutsches Reich statt Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union – mit Aufklebern auf den zwei Kennzeichen seines Pkw zeigt ein Fahrzeughalter aus dem Landkreis Oder-Spree, dass die großdeutsche Vergangenheit ihm näher ist als das europäische Deutschland. Dafür hat er das Hoheitszeichen mit der Europaflagge und dem bundesdeutschen D überklebt mit einer schwarz-weiß-roten Flagge und dem Kürzel DR, das für Deutsches Reich steht.



Verboten: Das blaue Hoheitszeichen ist überklebt mit einer Reichsflagge und dem Kürzel für Deutsches Reich. © MOZ

Ob der Besitzer des Autos nun ein Anhänger der kaiserlichen Monarchie ist oder ob ihm die Jahrzehnte danach eher am Herzen liegen, ist zunächst allein seine Privatsache. Doch das Aufbringen von Aufklebern auf Kfz-Kennzeichen – egal, welcher Art – ist nach Auskunft der Polizei generell nicht gestattet.

„Autokennzeichen sind im rechtlichen Sinne Urkunden, da sie ein offizielles Amtssiegel tragen“, informiert Burkhard Lehmann, Sprecher des Polizeischutzbereiches Oder-Spree/Frankfurt. „Damit ist klar, dass sie nicht verändert werden dürfen. Jede Veränderung wäre eine Verfälschung oder gar eine Fälschung.“ Die Polizei habe daher von Amts wegen eine Anzeige aufgenommen wegen des Verdachts der Urkundenfälschung und habe entsprechende Ermittlungen gegen den Halter des Autos eingeleitet.

„Am Auto können viele Stellen beklebt werden“, betont Burkhard Lehmann, „die Kennzeichen aber sind absolut tabu.“

## Die Genossen und der Rechtspopulismusdebatte Linke kritisiert Landrat, SPD wehrt sich

Quelle: [http://www.maerkischeallgemeine.de/mazarchiv/detail.php?article\\_id=2402624](http://www.maerkischeallgemeine.de/mazarchiv/detail.php?article_id=2402624)

Märkische Allgemeine, 05.08.2011

ORANIENBURG - Die persönliche Mitarbeiterin der Linken-Kreischefin Gerrit Große, Angelika Stobinski, wirft Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) vor, mit seiner restriktiven Asylpolitik fremdenfeindliche Überzeugungen Vorschub zu leisten. „Er bedient rechtspopulistische Einstellungen und diejenigen, die Asylbewerber am liebsten von hinten sehen würden“, sagte Stobinski gestern der MAZ. Bereits am Mittwoch hatte sie bei einem Protest gegen das Gutscheinsystem Schröter kritisiert und gewarnt: „So spielt man Menschen wie dem Oslo-Attentäter in die Hände.“ Zu dieser Aussage stehe sie weiterhin.

Für den SPD-Kreistagsabgeordneten Dirk Bletterman ist das zu viel. „Man kann ja Karl-Heinz Schröter einiges vorhalten. Dass er aber rechtspopulistisches Gedankengut verbreitet oder gar am rechten Rand fischt, geht nun wirklich zu weit.“ An Dreistigkeit nicht zu überbieten sei der Vorwurf, dass der Landrat dem Oslo-Attentäter in die Hände gespielt habe. „Wie viel Dummheit steckt in dieser Denkweise? Ich fordere die Verantwortlichen auf, diese geistige Diarrhoe einzustellen. Die SPD und ihre Verantwortungsträger in einen Topf mit dem übelsten Teil des politischen Spektrums zu werfen, ist an Unverschämtheit nicht zu überbieten.“

Die Linken-Kreistagsabgeordnete Vera Quoß sagte, sie teile die Ansicht, dass der Landrat mit seiner Haltung „der rechten Szene in die Hände spielt“. Der Bezug zum Oslo-Attentäter gehe ihr aber zu weit.

Blettermann befürchtet, dass Stobinskis Äußerungen kontraproduktiv sind. Er könne sich vorstellen, dass viele Kreistagsabgeordnete, die zuletzt für eine Abschaffung der Gutscheine votiert hatten, beim nächsten Mal anders stimmen könnten. sem

## POLITIK: Am rechten Rand

### Dubiose „Reichsbürger“ beschäftigen zunächst die Behörden

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12222459/60889/>

Märkische Allgemeine, 21.11.2011

Räumung des „Fürstentums Germania“ 2009...

WIESENBURG - Bürgermeisterin Barbara Klembt (Die Linke) hat sich kürzlich in aller Öffentlichkeit an den Verfassungsschutz gewendet. Sie suchte Rat, wie die Verwaltung mit drei Bürgern umgehen soll, die vor kurzem zugezogen seien. Es handelt sich um eine Frau und ihren Lebensgefährten sowie ihr neun Monate altes Kind. Das Paar erkenne laut Verwaltungschefin die Bundesrepublik Deutschland nicht als demokratisch verfassten Rechtsstaat an und kann sich nicht mit dessen Dokumenten ausweisen. Auch für das Kind liege keine Geburtsurkunde vor. Offiziell ist die Familie somit nicht gemeldet.

Unterschupf gefunden hat sie bei einem Wiesenburger, der ebenfalls seinen Personalausweis vernichtet haben soll. Stattdessen führen die Leute selbst ausgestellte, so genannte „Reichsbürgerpässe“ mit sich.

Eine Erscheinung, die Michael Hüllen von der Verfassungsschutzbehörde des märkischen Innenministeriums nicht unbekannt ist. Er referierte kürzlich auf Einladung der Landfrauen in der „Perle des Flämings“ über Rechtsextremismus. Konkrete Empfehlungen zum Umgang mit den neuen Einwohnern konnte er nicht geben. Ehe der Verfassungsschutz für sich Handlungsbedarf sieht, müsse klar sein, dass ein rechtsextremer Hintergrund und eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung vorliege.

Bei der Frau soll es sich um eine ehemalige Mitarbeiterin der Berliner Polizei handeln. Sie war im August vergangenen Jahres in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Während hierzulande diesbezüglich noch keine Aktivitäten registriert worden sind, hat sie ihren Standpunkt zur Nichtexistenz des Staates Bundesrepublik Deutschland in einschlägigen Internetforen dargelegt und wird insbesondere von Anhängern der rechten Szene gern zitiert.

Barbara Klembt ist beunruhigt: „Es wäre schlimm, wenn solche Haltungen doch Gehör finden.“ Sie hat die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Mit dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Gewalt pflegt sie ohnehin regelmäßig Kontakt. Dessen Mitarbeiterin Frauke Postel ist gelassener: „Ich glaube nicht, dass man panisch werden muss.“ Es gebe klare Vorschriften, wenn Bürgerpflichten nicht erfüllt werden. Notfalls

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

könnten Sanktionen verhängt werden. Doch so einfach scheint es nicht zu sein. Vom Innenministerium bekam die Bürgermeisterin die Empfehlung, die Familie schriftlich auf ihre Beurkundungspflicht hinzuweisen. „Aber ich habe nicht mal eine offizielle Zustelladresse“, so die Rathauschefin.

Ernst werde es, wenn die Personen öffentlich als Reichsbürger agieren und sich politisch engagieren, erklärt Ulrike Postel. Dann müsse sich die Gemeinde positionieren: „Von einem Mobbing rate ich aber ab.“

Der Kontakt, den Barbara Klemmt bisher hatte, beschränkt sich auf eine Nachfrage im Rathaus. Die Frau habe um einen Betreuungsplatz für ihr Kind gebeten und bekundet, sie wolle „ein autarkes Leben“ führen.

Zumindest in Wiesenburg könnte sich das Problem derweil erst einmal erledigt haben. Wie es heißt, hat das Trio den Ort inzwischen wieder verlassen. Dem Vernehmen nach soll es sich nun im Amt Niemegeck aufhalten. (Von Aglaja Adam)

## ***Überschaubarer Personenkreis – zunehmend aktiv***

*Bei den sogenannten Reichsbürgern handelt es sich laut Auskunft des Innenministeriums um eine im Land Brandenburg sehr überschaubare Personenzahl. Ihre Aktivitäten haben aber zuletzt zugenommen.*

*Bundesweite Aktivitäten, basierend auf einer antisemitischen und revisionistischen Ideologie gibt es seit den 1980er-Jahren. Prominentester Reichsbürger ist Horst Mahler.*

*Das Innenministerium sieht in der Mark dennoch vorerst keine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung.*

*„In erster Linie handelt es sich um Personen, die mit ihren wirren Auffassungen teilweise Verunsicherung stiften. Im Einzelfall kann es hierbei zu Überschneidungen mit rechtsextremistischen Bestrebungen kommen“, lautet die Einschätzung.*

*In Plattenburg (Prignitz) hatten die Reichsbürger das „Fürstentum Germania“ gegründet. Es ist 2009 von der Polizei aufgelöst worden, weil das von Dutzenden als Domizil genutzte Schloss nicht die dafür nötigen Auflagen der Bauaufsicht erfüllte.*

## Sprüche, Kloppe, aber keine Heimat

### **Extremismus Potsdam-Mittelmarks Neonazis konnten laut Experten bislang keine festen Strukturen bilden**

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12223237/60889/>

Märkische Allgemeine, 22.11.2011

Wie aktiv ist die rechtsextreme Szene im Landkreis Potsdam-Mittelmark? Ein Überblick.

Von Ulrich Wangemann

POTSDAM/MITTELMARK Die rechtsterroristische Mordserie der Zwickauer Neonazi-Zelle schockiert Deutschland. Die Täter hatten offenbar viele Unterstützer und bewegten sich in einer organisierten Szene. Viele Bürger fragen sich: gibt es Nazi-Netzwerke auch im Potsdamer Umland? Doch die Experten sind sich einig: organisierte Rechtsextremisten haben einen schweren Stand im Landkreis.

Gewalt von Rechts hat es auch 2011 gegeben. So schlug Anfang des Jahres ein Bahnreisender in „Thor Steinar“-Kleidung im Zug zwischen Wilhelmshorst und Michendorf einem jungen Mann eine Bierflasche auf den Kopf. Das berichtet der Verein Opferperspektive. Der linksalternative Mitreisende hatte den Mann in der rechten Szenekleidung offenbar auf sein Erscheinungsbild angesprochen. Mittelmark-typisch sei der Fall aber nicht gewesen, sagt Tobias Pieper vom Verein Opferperspektive. Der Täter sei in Richtung Potsdam-Waldstadt geflüchtet. Dieser Stadtteil gelte als Schwerpunkt von Neonazi-Aktivitäten.

Diese Einschätzung teilt Winfriede Schreiber, Chefin des Verfassungsschutzes Brandenburg gegenüber der MAZ: „Wir sehen in Potsdam-Mittelmark derzeit keine selbstständigen Neonazi-Strukturen. Einige Personen suchen Kontakt zu Neonazistrukturen in Potsdam oder Neuruppin.“

Vor Jahren galt ein Modegeschäft in der Teltower Altstadt noch als Treffpunkt der Rechtsextremisten. Doch musste es unter dem Druck von Öffentlichkeit und Stadtverwaltung dichtmachen. Zum damals in Teltow vertriebenen Mode-Label sagt Winfriede Schreiber: „Um Thor Steinar ist es ruhiger geworden, auch wenn Neonazis diese Kleidung noch gern tragen.“ So deutet auch der Vorsitzende des Aktionsbündnisses „Netzwerk Tolerantes Teltow“, Dietmar Viehweger, die Entwicklung. „Soweit mir bekannt ist, gab es keine Vorkommnisse mehr.“ Viehweger lobte den engen Kontakt der Polizei zum Netzwerk.

Sicher ist aber auch: Die modischen Vorlieben der Rechtsextremisten haben sich gewandelt. Dazu Winfriede Schreiber: „Zimmermannshosen und -kluft sind durchaus beliebt.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Fischerhemden, wie sie in den 80er Jahren in Teilen der alternativen Szene üblich waren, sind ebenfalls populär bei den Neonazis.“

Wie präsent fremdenfeindlich und antisemitische Vorurteile in Teilen der Bevölkerung sind, mussten Mitarbeiter des jüdischen Museums Berlin vor ein paar Wochen in einer Werderaner Schule erleben – dort wurden sie bedroht mit offenen Anspielungen auf den Holocaust, bis die Museumsmitarbeiter den Aktionstag abbrachen (MAZ berichtete). „Es kann einem Sorge bereiten, dass der Begriff Jude herabsetzend verwendet wird. Mehr Aufklärung ist gefragt, solchen Sprüchen sollte man deutlicher entgegentreten“, fordert Verfassungsschutzleiterin Schreiber.

Auffallend viele rechtsorientierte junge Leute lassen sich laut dem Verein Opferperspektive auf dem Werderaner Baublütenfest sehen. Das schätzt auch die Verfassungsschutz-Chefin so ein: „Wo der Alkohol in Strömen fließt und es lockerer zugeht, fühlen sich Rechtsextremisten angezogen.“

Die wenigsten Neonazis, die ihre bedruckten T-Shirts auf dem Obstweinfest zur Schau tragen, kommen erfahrungsgemäß aber aus dem Landkreis, sagt Tobias Pieper. Meist reisten sie aus ganz Brandenburg oder Berlin an.

Mit einer weiteren als extrem rechts eingestuften Gruppierung beschäftigt sich derzeit der Verfassungsschutz auf Initiative der Wiesenburger Bürgermeisterin Barbara Klempt (Linkspartei). Ein Paar mit Kind, das zu den so genannten „Reichsbürgern“ gehören soll, hat sich in der Fläminggemeinde niedergelassen. Die Frau soll eine frühere Polizistin aus Berlin sein. „Reichsbürger“ lehnen die Autorität der staatlichen Stellen der Bundesrepublik ab, weil sie behaupten, das Deutsche Reich sei nie offiziell untergegangen. Sie lehnen das Meldewesen ab und stellen sich selbst „Reichsbürgerpässe“ aus. Zu dieser Splittergruppe sagt Verfassungsschützerin Schreiber: „Ein Teil der so genannten Reichsbürger ist einfach nur ein bisschen spinnert, ein anderer Teil ist klar rechtsextrem. Bislang haben wir den Eindruck, dass wir es in Wiesenburg mit der ersten Kategorie zu tun haben. Ein Teil von ihnen hat Kontakt zum ‚Bund für Gotterkenntnis – die Ludendorffer‘ in Brandenburg-Kirchmöser.“ Der „Ludendorffer“-Verein ist eine neugermanische Weltanschauungsgemeinschaft, die antisemitische und rassistische Züge trägt. Der Verein wird vom Verfassungsschutz beobachtet.

Die Kreisstadt Bad Belzig ist immer mal wieder in den Schlagzeilen – etwa als im vergangenen Jahr eine Frau aus Kenia überfallen und geschlagen wurde. Ein Täter wurde nicht gefasst. Außerdem zerstörten Unbekannte bereits zum sechsten Mal den „Baum der Gleichheit“. Dennoch sagt die Verfassungsschutz-Leiterin: „Die Polizei ist vollständig im Bilde. Richtige Neonazi-Strukturen haben wir in Bad Belzig nicht, keinen NPD-Ortsverband etwa.“

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## SOZIALES: Register gegen Rechts

### Projekt Forum gegen Rassismus dokumentiert rechte Vorfälle / Anlaufstellen gesucht

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12231880/61129/Forum-gegen-Rassismus-dokumentiert-rechte-Vorfaelle-Anlaufstellen-gesucht.html>

Märkische Allgemeine, 02.12.2011

Für Brandenburg ist es ein Pilotprojekt: Das Oranienburger Register will diskriminierende Vorfälle sammeln. Im Idealfall soll das Projekt auf den Südkreis ausgeweitet werden.

Von Sebastian Meyer

ORANIENBURG Noch genauer hinsehen will das Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg. Ab sofort sollen rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextremistisch motivierte Angriffe, Vorfälle und Propaganda in der Kreisstadt gesammelt und dokumentiert werden.

Dabei geht es nicht nur um strafrechtlich relevante Vorfälle, sondern auch um scheinbar kleinere Delikte wie Aufkleber, rassistische Witze oder Beschimpfungen. Der alltägliche Rassismus eben. „Es geht darum, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln und die Hemmschwelle zu senken, solche Dinge zu melden“, sagt Andreas Hiller vom Forum. Das Register Oranienburg/Oberhavel soll Anlaufstelle für von Diskriminierung betroffene Menschen sein. Zudem sollen Presseberichte ausgewertet werden und eigene Recherchen in die Dokumentation einfließen. Auch Fortbildungen und Veranstaltungen zum Thema sollen stattfinden.

Wie wichtig das sei, verdeutliche die aktuelle Diskussion über die von Neonazis verübten Morde an Ausländern. „Man tut so, als sei die rechte Gewalt plötzlich über uns hereingebrochen. Dabei gibt es das latent doch schon sehr lange“, sagt Hiller.

Das Forum sucht nun Anlaufstellen, die den Betroffenen mit Rat zur Seite stehen und die Vorfälle dokumentieren beziehungsweise weiterleiten. Das können Vereine, Schulen, Privatleute, „aber auch der Metzger um die Ecke sein“, sagt Forum-Sprecher Gunter Simka. Mit dem Kreisjugendring in der Havelstraße 19 in Oranienburg hat sich bereits die erste dieser Anlaufstellen gefunden.

Laut Hiller ist das Projekt bislang in Brandenburg einmalig. Vorbild des Registers, das sich im

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Idealfall auf weitere Kommunen im Südkreis ausweiten soll, sind mehrere solcher Einrichtungen in Berlin. „In Guttenbergscher Tradition haben wir uns gedacht, das könnte uns auch gut tun“, bemerkt Simka augenzwinkernd. In Berlin-Pankow existiert das Register bereits seit April 2005. Die Zahl der Meldungen ist seitdem kontinuierlich gestiegen, berichtet Bettina Pinzl von der Netzwerkstelle Moskito, welche das Register betreut. Pinzl glaubt, dass dies auch auf die wachsende Sensibilisierung der Bevölkerung zurückzuführen ist. Bisher habe es solche Chroniken vor allem von Antifa-Gruppen gegeben. Weil diese bei vielen Bürgern als Linksextremisten gelten, würden sie aber als Ansprechpartner ausfallen. „Wir als Register erreichen ein breiteres Spektrum“, sagt Pinzl.

Wichtig sei es, zu zeigen, dass diskriminierende Einstellungen nicht nur am rechten Rand existieren, sondern auch in der Mitte der Bevölkerung. „Es passiert ja beinahe jeden Tag etwas“, sagt Pinzl. Wegzuschauen sei da keine Lösung. Das Pankower Register bietet den Betroffenen aber auch konkrete Hilfe an. So vermittelt man auch Kontakte zu Opferberatungsstellen, die dann wiederum Straftaten zur Anzeige bringen. „Insofern trägt das auch zur Aufklärung bei“, glaubt Pinzl.

Darauf hoffen auch die Initiatoren des Oranienburger Registers. Andreas Hiller: „Wir hoffen, dass sich langfristig das Klima in der Stadt ändert.“

## *Innere Sicherheit*

### **Verfassungsschutz nimmt Reichsbürger in Visier**

Quelle: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/610296/>

Potsdamer Neueste Nachrichten, 02.01.2012

von Alexander Fröhlich

Ein buntes Völkchen? Im Schloss Krampfer in der Prignitz zeigen sich die Mitglieder vom Fürstentum Germania, Thomas Patzlaff, Michael Freiherr von Pallandt, Volker Köhne und Jesse Marsson (v.l.n.r.). Foto: Dorothea von Dahlen/dpa

Brandenburgs Innenministerium spricht von "einer Art rechtsextremistische Sekte", ihre Mitglieder erkennen die Bundesrepublik nicht an. Die Sicherheitsbehörden und Kommunen sind alarmiert.

Potsdam – Nach Brandenburgs Erfolgen im Kampf gegen Rechtsextremismus nimmt der hiesige Verfassungsschutz jetzt die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“ ins Visier. Nicht nur die Sicherheitsbehörden, auch kleine Verwaltungen und Ämter im Land sind alarmiert. Mitglieder dieser Organisation schlagen zwar keine Linken und Ausländer zu Tode oder schmieren Hakenkreuze an Wände. Aber sie erkennen die Bundesrepublik schlichtweg nicht an und verweigern sich grundsätzlich.

Erstmals waren die Reichsbürger 2009 in Brandenburg aufgefallen, als sie in Plattenburg (Prignitz) in einem heruntergekommenen Schloss ein „Fürstentum Germania“ gegründet hatten. Eine krude Mischung hatte sich dort versammelt und einen eigenen Staat mit eigener Verfassung ausgerufen: rechte Esoteriker und Aussteiger, Verschwörungstheoretiker, Extremisten und Holocaustleugner aus der gesamten Bundesrepublik. Das Projekt einer autarken Enklave aber scheiterte, die Polizei räumte das Schloss, weil die Bewohner Auflagen der Bauaufsicht ignorierten. Die Sicherheitsbehörden wussten anfangs nicht so recht, mit wem sie es da zu tun hatten.

Zwar ist die Zahl der Anhänger in Brandenburg begrenzt, aber sie sind seit Plattenburg immer aktiver geworden. Bundesweit propagieren sie ihre antisemitischen und revisionistischen Ideologie seit den 1980er-Jahren. Als prominentester Reichsbürger gilt der Holocaust-Leugner Horst Mahler, der in Brandenburg/Havel seit 2009 eine mehrjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung absitzt.

Bis vor einigen Monaten sah der Verfassungsschutz bei den Reichsbürgern nur im Einzelfall „Überschneidungen mit rechtsextremistischen Bestrebungen“. Handlungsbedarf konnte die Abteilung des Innenministeriums anfangs nicht erkennen, dafür müsse ein

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

rechtsextremistischer Hintergrund und eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung vorliegen, hieß es.

Aber seit dem Scheitern „Germanias“ in Plattenburg haben sich zahlreiche Anhänger der Bewegung in Brandenburg niedergelassen, besonders in ländlichen Regionen. So hatten es die Schlossbewohner von Plattenburg angekündigt. Und im Alltag zeigen sich den Behörden gravierende Probleme. Etwa in Wiesenburg (Potsdam-Mittelmark): Dort hatte Bürgermeisterin Barbara Klemmt (Linkspartei) mit einem Paar zu kämpfen, das statt der Personalausweise nur Reichsbürgerpässe bei sich trug. Die Frau ist eine frühere Polizistin aus Berlin und in rechtsextremen Internet-Foren aufgefallen.

Inzwischen stuft Brandenburgs Innenministerium die Reichsbürger als „eine Art rechtsextremistische Sekte“ ein. Ministeriumssprecher Ingo Decker sagte, diese Rechtsextremisten akzeptierten die staatliche Autorität der Bundesrepublik und ihre föderalen Strukturen nicht. „Sie empfinden unser staatliches System als Besatzungsmacht.“ Deshalb verweigerten sie auch jedwede Zahlung von Bußgeldern. Trotz vieler Strömungen innerhalb dieser „Sekte“ stecke ein harter, nicht ungefährlicher, rechtsextremer Kern dahinter, sagte Decker. Ein Teil steht auch in Kontakt zum „Bund für Gotterkenntnis – die Ludendorffer“ in Brandenburg/Havel, eine neugermanische Weltanschauungsgemeinschaft mit antisemitischen und rassistischen Ansichten. Der Bund wurde schon länger vom Verfassungsschutz beobachtet.

- [Email an Autor schreiben](#)
- Erschienen am 02.01.2012 auf Seite 14

## Böse Briefe an Behörden

### Bürgermeister schildern Erfahrungen mit sogenannten Reichsbürgern

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12281328/62129/>

Märkische Allgemeine, 23.02.2012

KÖNIGS WUSTERHAUSEN - Briefe mit wüsten Beschimpfungen sind für Bürgermeister nicht ungewöhnlich. Aber Zuschriften von sogenannten Reichsbürgern sprengen jeden zumutbaren Rahmen. Diese Bürger lassen nur die Gesetze des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 für sich gelten. Deshalb wehren sie sich gegen ihrer Ansicht nach für sie nicht geltende Bußgeld- oder Abgabenbescheide.

„Bei uns gab es schon ein paar Fälle dieser Art“, sagt der Bestenseer Bürgermeister Klaus-Dieter Quasdorf. In einem Fall habe man sogar Anzeige gegen einen Bürger erstattet. Er hatte in Königs Wusterhausen falsch geparkt und sollte dafür ein Bußgeld in Höhe von 38,40 Euro bezahlen. Weil er das nicht tat, „bat uns Königs Wusterhausen um Amtshilfe“, so Quasdorf. Anstatt das Bußgeld zu bezahlen, schickte der uneinsichtige Bestenseer der im Rathaus für Bußgelder zuständigen Mitarbeiterin einen als „Abmahnung“ deklarierten Brief. Darin warf er der Mitarbeiterin Willkür, Nötigung, Rechtsbeugung, Betrug, Amtsanmaßung und die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor. „Weil sich meine Mitarbeiterin von dem Mann bedroht fühlte, haben wir ihn angezeigt“, so Bürgermeister Quasdorf. Ähnlich reagierte die Gemeinde Schönefeld. Hier wollte ein „Reichsbürger“, der wegen zu schnellen Fahrens geblitzt worden war, sein Bußgeld nicht bezahlen. „Weil der Brief Bedrohungen enthielt, haben wir ihn der Polizei übergeben“, so die stellvertretende Bürgermeisterin Dorothea Schulze. Etwas anders gelagert war ein Fall in der Gemeinde Heidesee. „Da ging es um einen Widerspruch gegen Gebührenbescheide für den Anschluss an das Trink- und Abwassernetz“, so Bürgermeister Siegbert Nimtz. Man habe den Brief dieses „Reichsbürgers“ zur Kenntnis genommen und das Geld eingeklagt.

„Bei den selbst ernannten 'Reichsbürgern' handelt es sich um eine überschaubare Personenzahl, die leicht zu steigen scheint“, so Geert Piorkowski, Pressesprecher des Brandenburger Innenministeriums. „In erster Linie wollen sie mit ihren wirren Auffassungen massive Verunsicherung stiften“, so Piorkowski. „Ein Teil der sogenannten Reichsbürger ist einfach nur ein bisschen spinnert, ein anderer Teil ist klar rechtsextrem“, so Winfriede Schreiber, Leiterin des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Diese Behörde plant für 2012 zwei Informationsveranstaltungen zum Thema „Reichsbürger“ für kommunale Verwaltungen. (Von Frank Pechhold)

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## **EWIG GESTRIGE**

- *Kommissarische Reichsregierung oder Exilregierung des Deutschen Reiches nennen sich Gruppen von „Reichsbürgern“, die behaupten, das Deutsche Reich bestehe fort und werde in den Grenzen von 1937 durch sie vertreten.*
- *Ursprünglich gab es nur die Kommissarische Regierung des Deutschen Reiches von 1985. Gründer war Wolfgang Ebel, ein West-Berliner. Streitigkeiten führten zu Gründungen weiterer Reichsregierungen.*
- *Zurzeit aktivste Gruppierung dürfte die Exilregierung Deutsches Reich sein, die am deutlichsten mit rechtsextremem Gedankengut kokettiert. Quelle: Wikipedia: Kommissarische Reichsregierung.*

## Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „Reichsregierungen“

### Wie Extremisten versuchen, aus der Erde eine Scheibe zu machen

Quelle: <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.286749.de>

Land Brandenburg Verfassungsschutz, eingestellt am 12.04.2012

Immer häufiger flattern Mitarbeitern von Kommunalverwaltungen, Bürgermeistern, Schulleitern, Polizeidienststellen und Landtagsabgeordneten Schreiben von „Reichsregierungen“ oder „Reichsbürgern“ auf den Tisch. Dahinter können sich Querulanten oder anderweitig Verhaltensauffällige verbergen, aber auch Rechtsextremisten könnten hinter den Versandaktionen stecken.

„Reichsbürger“ eint die krude Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein rechtmäßiger Staat. Sie wollen damit die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und den Staat an sich delegitimieren. Häufig zweifeln sie amtliche Bescheide sowie Verwaltungsakte an und hoffen, gezielt Verwirrung zu stiften. Bußgeldzahlungen werden verweigert und Strafbefehle sollen ins Leere laufen. Um ihr Verhalten zu rechtfertigen, präsentieren „Reichsbürger“ Fantasiepapiere wie „Reichsausweise“ oder angebliche „Rechtsgutachten“. Verwaltungsmitarbeitern werfen sie rechtswidriges Handeln vor. Zu Beschimpfungen und Bedrohungen kommt es ebenso. Manchem wurde sogar schon ein „Urteil“ eines selbsternannten „Reichsgerichts“ zugestellt.

Einige Beispiele für „Reichsbürger“-Aktivitäten in Brandenburg

- Ein „Reichsbürger“ wollte kein Bußgeld wegen Falschparkens zahlen. Stattdessen schickte er eine „Abmahnung“. Die darin erhobenen Vorwürfe lauteten Willkür, Nötigung, Rechtsbeugung, Betrug, Amtsanmaßung und die Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Stadtverwaltung erstattete Anzeige.
- In einer weiteren Gemeinde wehrte sich ein „Reichsbürger“ gegen ein Bußgeld wegen zu schnellen Fahrens. Weil sein Brief Bedrohungen enthielt, wurde er der Polizei übergeben.
- Woanders legte ein „Reichsbürger“ Widerspruch gegen Gebührenbescheide ein. Die Gemeindeverwaltung setzte die Gebührenzahlung schließlich gerichtlich durch.
- Eine andere Verwaltung hatte Probleme mit Personen, die sich weigerten, ihre Personalausweise vorzulegen. Stattdessen beharrten sie darauf, nur „Reichsbürgerpässe“ zu besitzen.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

- Eine angebliche „Richterin am Reichsgericht“ sprach gegenüber einem brandenburgischen Landratsamt ein „Grundstücksbetretungsverbot, Hausverbot und ein Zustellverbot“ aus.
- Manipulationen an einem Kfz-Kennzeichen fielen der Polizei auf. Ein „Reichsbürger“ hatte das Landkreiswappen durch einen Reichsadleraufkleber ersetzt.
- Vor wenigen Wochen gingen bei rund 300 brandenburgischen Schulen Schreiben „auf besondere Anordnung der Reichsregierung und des Reichsgerichts“ ein. Unter anderem wurde zur „Vorsorge im Ernstfall“ wegen angeblich anstehender Veränderungen in Deutschland aufgefordert.
- Auch der brandenburgische Verfassungsschutz bleibt nicht verschont. Ein „Reichsbürger“ verlangte unlängst Einsicht in die „Gründungsurkunde“ des Verfassungsschutzes.

## „Reichsbürger“ betrachten die Bundesrepublik Deutschland als illegal

„Reichsregierungen“ und „Reichsbürger“ behaupten, das Deutsche Reich bestünde in den Grenzen von 1937 bis heute völkerrechtlich fort. Dagegen sei die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich nur teildentisch, daher völkerrechtlich illegal somit juristisch nicht existent. Konsequentermaßen ignorieren „Reichsbürger“ zudem alles, was ihren wirren Auffassungen zuwiderläuft. Geht ein solcher Vorgang vor Gericht, sind die Urteile mehr als deutlich. So entschied 2006 beispielsweise das Amtsgericht Duisburg: „Das Bonner Grundgesetz ist unverändert in Kraft. Eine deutsche Reichsverfassung, eine kommissarische Reichsregierung oder ein kommissarisches Reichsgericht existieren ebenso wenig, wie die Erde eine Scheibe ist.“

Die Weigerung, die Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland und die ihrer Nachbarn anzuerkennen, wird als Gebietsrevisionismus bezeichnet. Er ist zusammen mit dem Geschichtsrevisionismus (Bestreben, den [Nationalsozialismus](#) und seine Auswirkungen nachträglich zu rechtfertigen) gemeinsames Anliegen und Klammer aller rechtsextremistischen Gruppierungen. Daher gehört es zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes, „Reichsregierungen“ zu beobachten.

## Konkurrenzkampf zwischen den „Reichsregierungen“

Viele „Reichsregierungen“ konkurrieren um ihre „Reichsbürger“. Sie heißen „Kommissarische Reichsregierung“, „Amtierende Reichsregierung des Deutschen Reiches“, „Exil-Regierung Deutsches Reich“, „Rat der Nationalversammlung“, „Präsidium des Deutschen Reichs“, „Zentralrat Deutscher Staatsbürger“ und so weiter. Wie nicht anders zu erwarten, behauptet jede „Regierung“, die einzig wahre und legitime „Reichsregierung“ zu sein. Zum Teil bestehen diese Gruppen seit über 25 Jahren. Ständige Abspaltungen sowie Neugründungen sind an der Tagesordnung. Obendrein kommen sich all diese „Regierungen“ auch noch mit Möchtegern-Staaten wie „Germanitien“ oder der „Natürlichen Selbstverwaltung oekokekko“ ins Gehege.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Spontan geht es offenbar bei „Reichsregierungs“-Gründungsversammlungen zur Sache. Ausgerechnet in Hannover wurde 2004 beispielsweise die „Exil-Regierung Deutsches Reich“ von sage und schreibe 20 Personen ins Leben gerufen. Im Protokoll heißt es hierzu: „Nach der Begrüßung durch Herrn Norbert Schittke stellte dieser fest, daß nur ein verschwindend geringer Teil des gesamtdeutschen Reichsvolkes erschienen sei, worauf er die Versammlung schloß und sie kurz darauf erneut eröffnete, womit die Versammlung beschlußfähig war.“ Sie ist die derzeit aktivste „Reichsregierung“. Hochgestapelt zum „Reichskanzler“ hat sich Norbert Schittke. Seine Gruppe hält in einigen Bundesländern Treffen ab. Manche „Reichsregierung“ setzt auch NS-Symbolik ein. So nutzte beispielsweise die „Regierung des Deutschen Reichs“ Hakenkreuz-Motive.

Zur Finanzierung ihrer dubiosen „Regierungs“-Aktivitäten müssen „Reichsbürger“ mitunter Beiträge entrichten. Hinzu kommt der Verkauf völlig wertloser Fantasiepapiere: „Reichsführerscheine“, „Reichsbaugenehmigungen“, „Reichspersonalausweise“, „Reichsgewerbescheine“, „Dienstausweise“, „Reichskinderausweise“ und vieles mehr werden über meist altbacken daherkommende, oft im Ausland betriebene Internetseiten feilgeboten. Es geht also auch darum, „Reichsbürgern“ für wertlosen Müll Geld aus der Tasche zu ziehen. Ärger ist damit vorprogrammiert. Verfahren wegen Amtsanmaßung, Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen treffen die selbsternannten „Amtsträger“ von „Reichsregierungen“.

## **„Reichsregierungen“ und Anbindungen an das rechtsextremistische Milieu**

Rechtsextremisten sympathisieren mit „Reichsbürgern“ oder sind selbst Mitglied in solchen Gruppen. Zu einem Entwicklungsschub der „Reichsaktivisten“ haben die rechtsextremistischen Vereinigungen „Deutsches Kolleg“ des Hamburger Rechtsextremisten Dr. Reinhold Oberlercher und die „Völkische Reichsbewegung“ beigetragen. Letztere wurde vom ehemaligen RAF-Terroristen Horst Mahler ursprünglich als „Reichsbürgerbewegung“ gegründet. Gemeinsames Ziel beider Organisationen ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie.

Auch Meinolf Schönborn – militanter Neonationalsozialist aus Nordrhein-Westfalen, Anführer der „Nationalen Ordnung“ und ehemaliger Gefolgsmann des 1991 verstorbenen Neonationalsozialisten Michael Kühnen – ist bekennender „Reichsbürger“. Er hat Anhänger im nördlichen Brandenburg.

Für Aufsehen sorgte zuletzt „Die Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“. Unter diesem Absender wurden vor wenigen Wochen obskure Drohbriefe mit rassistischen und antisemitischen Schmähungen an jüdische und islamische Gemeinden in Deutschland verschickt. Brandenburgische Kommunen waren ebenso betroffen. In dem Schreiben wird die „Wiedererstehung des Deutschen Reiches“ gefordert. Zugleich finden sich wörtliche Verweise auf das neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“ und dessen Kampagne „Die Unsterblichen“: „Es ist einfach herrlich, wie diese Kameraden hier die scheinheilige Kuh ‚DEMOKRATIE‘ entzaubern. Wie auch wir schon des öfteren betont

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

haben, ist die ‚Demokratie‘ eine geschickt getarnte diktatorische Herrschaftsform, in welcher (...) nur die die charakterlosesten, opportunistischsten und unfähigsten Personen in die führenden Ämter gelangen (...) Nicht ohne Grund heißt ‚Demokratie‘ Herrschaft des Abschaums ...“

## Gemeinsamkeiten zwischen „Reichsregierungen“ und Rechtsextremisten

Verlautbarungen und Aktivitäten von „Reichsregierungen“ und „Reichsbürgern“ muten oftmals komisch und realitätsfern an. Bei Spinnereien bar jeder Vernunft ist man schnell geneigt, zu schmunzeln, zumal auf den ersten Blick nicht immer ein rechtsextremistischer Hintergrund offen erkennbar sein muss. Trotz allem versuchen „Reichsregierungen“, einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremistisches Gedankengut zu schaffen und zu bedienen. „Reichsregierungen“ sind teilweise tief in der rechtextremistischen Szene verankert. Volksverhetzende Äußerungen, Holocaust-Leugnung, Werbung für [rechtsextremistische Parteien](#) sowie Aufrufe für rechtsextremistische Demonstrationen sind keine Seltenheit. Sicherlich ist nicht jeder „Reichsbürger“ automatisch als Rechtsextremist zu betrachten. Doch die ideologische Nähe und die ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen „Reichsregierungen“ und Rechtsextremisten liegen offen.

## Richtiger Umgang mit „Reichsbürgern“

Wer mit „Reichsbürger“-Aktivitäten konfrontiert wird, kann sich an folgenden Hinweisen orientieren:

- Es ist sinnlos, mit „Reichsbürgern“ zu diskutieren. Denn „Reichsbürger“ verfolgen damit das Ziel, Verwirrung zu stiften, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.
  - Bei Vergehen von „Reichsbürgern“ sollten staatliche Stellen schnell und konsequent handeln. Wenn ein „Reichsbürger“ beispielsweise Manipulationen am Kfz-Kennzeichen vornimmt, sollte unverzüglich der Betrieb des Fahrzeugs auf öffentlichen Straßen untersagt und zusätzlich der Verdacht der Urkundenfälschung geprüft werden.
  - Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtlich relevante Verhaltensweisen von „Reichsbürgern“ sollten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden.
  - Dienstlicher Schriftwechsel mit „Reichsbürgern“ sollte auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt bleiben. Insbesondere Widersprüche oder ähnliche Schriftsätze, in denen die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird, sind schlicht als unbegründet zurückzuweisen.
  - Materialien von „Reichsbürgern“ mit rechtsextremistischen Inhalten sollten dem Verfassungsschutz übermittelt werden.
-

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## Im Reich der Träume

### Der Brandenburger Verfassungsschutz warnt vor kruden Revisionisten, die am „Deutschen Reich“ festhalten

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12310482/62249/>

Märkische Allgemeine, 14.04.2012

"Fürstentum Germania"...

POTSDAM - Sie glauben offenbar daran und handeln auch danach, als würde das „Deutsche Reich“ noch existieren. Sie vergeben Ministerposten, händigen „Reichsführerscheine“ aus und kleben sich den Reichsadler aufs Nummernschild. Unlängst haben sie an 300 Brandenburger Schulen geschrieben und alarmistisch eine „Vorsorge im Ernstfall“ wegen angeblich bevorstehender Umstürze gefordert – im Namen der „Reichsregierung und des Reichsgerichts“.

Selbst ernannte „Reichsbürger“ geraten zunehmend ins Visier der Sicherheitsbehörden. „„Reichsbürger“ eint die krude Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein rechtmäßiger Staat“, sagte Verfassungsschutzchefin Winfriede Schreiber gestern in Potsdam. „Sie wollen damit die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und den Staat an sich delegitimieren.“

Wie viele „Reichsbürger“ es gibt, die immer noch in den Grenzen von 1937 denken, ist unbekannt. Klar ist dagegen: Sie halten die Kommunen mit ihren Fantasiedokumenten auf Trab, wie Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, bestätigt. „Sie versuchen, die Behörden mit sinnlosen Dokumenten zu beschäftigen“, sagte er. „Da werden gewaltige Schriftwechsel angestrengt.“ Er rät ebenso wie der Verfassungsschutz, sich nicht auf diese „Reichsdokumente“ einzulassen.

Einiges Aufsehen erregten 2009 die Bewohner des selbst ernannten „Fürstentums Germania“, die in der Prignitz das baufällige Schloss Krampfer bezogen hatten, um dort „autark“ zu leben. Bis zu ihrer Räumung durch die Polizei bestand die bizarre Kommune neben Esoterikern und Aussteigern auch aus Anhängern der „KRR“, sprich der „Kommissarischen Reichsregierung“. Das ist nur eine von vielen vermeintlich legitimen Reichsgebilden.

Das Ganze ist mehr als ein harmloses Rollenspiel von Verschwörungstheoretikern oder Ewig-Gestrigen. Zwischen den Reichsregierungen und dem rechtsextremen Milieu bestehen enge Verbindungen. So wurde etwa die „Reichsbürgerbewegung“ vom ehemaligen RAF-

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Anwalt Horst Mahler gegründet, der wegen wiederholter Volksverhetzung in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg sitzt. Die Verfassungsschützer warnen davor, dass die „Reichsregierungen“ einen „gesellschaftlichen Resonanzboden“ für rechtsextremes Gedankengut bilden. „Sicherlich ist nicht jeder ‚Reichsbürger‘ automatisch als Rechtsextremist zu betrachten“, sagt Winfriede Schreiber. Doch die ideologische Nähe zwischen den beiden Bewegungen läge offen. (Von Torsten Gellner)

## ***Vom richtigen Umgang mit „Reichsbürgern“***

- *Sinnlos sei es, mit „Reichsbürgern“ zu diskutieren, sagt der Verfassungsschutz. Ziel der Bewegung sei es, Verwirrung zu stiften und den Staat von seinem rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.*
- *Kommunen und Behörden sollten bei Vergehen von „Reichsbürgern“ schnell und konsequent handeln, Beleidigungen oder Bedrohungen unverzüglich anzeigen.*
- *Der Schriftwechsel mit „Reichsbürgern“ sollte auf das „absolut notwendige Mindestmaß“ reduziert werden, heißt es. Insbesondere Widersprüche, in denen die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird, sollten zurückgewiesen werden. MAZ*

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Wenn die Fans zur Bürde werden

## Umstrittene Deutschrocknacht im Waschhaus / Bands dementieren Vorwurf der Rechtslastigkeit / Neonazis im Publikum

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12311753/60709/Umstrittene-Deutschrocknacht-im-Waschhaus-Bands-dementieren-Vorwurf-der.html>

Märkische Allgemeine, 17.04.2012

„Deutschrock-Inferno“ war der Titel eines heftig kritisierten Konzertabends im Waschhaus.

Von Viktoria Bittmann

SCHIFFBAUERGASSE Wenn ein Schwarz-Weiß-Schema keine Erklärungen mehr liefert, spielen Experten gern mit farblichen Nuancen. Von Grauzonen ist dann die Rede. Auch in der Musik gibt es sie – am rechten Rand. „Wenn eine Band auf den ersten Blick weder eindeutig dem rechtsextremen Milieu zugeordnet, noch von ihm getrennt werden kann, sprechen wir von Grauzone“, sagt Anna Groß von der Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die Definition zeigt, wie schwer die Grauzone abzustecken ist. Wohl deshalb scheiden sich die Geister an einem Deutschrockkonzert, das am Freitag im Waschhaus stattfand.

Kritiker werfen den Hauptbands des Abends – „Kärbholz“ aus Nordrhein-Westfalen und „9mm“ aus Hessen – vor, der Grauzone anzugehören. Laut Antifa kokettieren die beiden Bands in ihren Texten bewusst mit patriotischen Bekenntnissen, „Kärbholz“ soll Kontakte zu rechtslastigen Rockern pflegen. Denen heften Experten einhellig das Etikett Grauzone an.

Die Bands weisen die Vorwürfe zurück. „Wir sagen klar: Wir sind gegen Nazis“, rief Kärbholz-Frontmann Torben Höffgen in die Waschhaus-Arena. „9mm“-Gitarrist Rock Rotten kündigte angesichts der Kritik von links vor Showbeginn an, genau hinzuschauen: „Wenn er von der Bühne aus etwas Verbotenes sieht, unterbricht er sofort“, so der Programmleiter des Waschhauses, Tilo Schönbeck, während des Konzerts.

Allen Dementi und Anti-Rechts-Bekenntnissen der Musiker zum Trotz: Die deftigen Texte und dröhnenden Bässe der Deutschrocker lockten auch Neonazis ins Waschhaus. Um Krudes von Verbotenem unterscheiden zu können, hatten die Sicherheitsleute am Einlass zwar eine Liste mit 50 einschlägigen Modemarken wie Thor Steinar und indizierten NPD-Parolen zur Hand. Mit entsprechendem Outfit kam keiner rein. Doch auch bei Klamotten gibt es sie, die Grauzone. So tauchten unter den 300 Leuten in der Arena auch einige mit Pullis der unter Rechten beliebten Marke „Pitbull“ auf, Springerstiefel waren in allen

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Variationen zu sehen. Auch in der Schiffbauergasse geparkte Autos zeugten Freitagnacht von der Gesinnung mancher Fans: Hier und da waren auf den Nummernschildern die Zahlenkombinationen 18 und 88 zu sehen, die Neonazis als Code für „Adolf Hitler“ oder „Heil Hitler“ missbrauchen. Ein Fan ging noch weiter: Noch während die Vorbands dem Publikum einheizten, zeigte er unverhohlen den Hitlergruß.

Das Waschhaus, das in Reaktion auf die Grauzonen-Vorwürfe eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber Neonazis angekündigt hatte, reagierte umgehend. Der Mittzwanziger aus Potsdam-Mittelmark flog raus. „Außerdem hat er ein schriftliches Hausverbot und eine Anzeige bekommen“, sagte Waschhaus-Sprecher Georg Lehmann gestern auf Nachfrage. Die Bands aber nahm er in Schutz: „Die Kritik an diesem Konzert ist nicht berechtigt“, sagte er. Die Musiker distanzieren sich klar von rechtem Gedankengut.

So sieht es auch der brandenburgische Verfassungsschutz, der Nachforschungen über „Kärbholz“ und „9mm“ in Hessen und Nordrheinwestfalen angestellt hat. „Wir haben keinen Anhaltspunkt, dass das rechtsextreme Bands sind“, so Verfassungsschützer Gordian Meyer-Plath. Bei Grauzonen-Vorwürfen mahnt er zur Vorsicht: „Das ist eine Brandmarkung.“ Ohnehin müssen Bands mehr als Nazi-Fans auf dem Kerbholz haben, damit sich der Verfassungsschutz an ihre Fersen heftet. Hierzu müssen sich volksverhetzende, rassistische Parolen oder NS-Anleihen auf CD-Covern oder in Liedtexten finden lassen.

Die Experten der Amadeu-Antonio-Stiftung werden früher hellhörig. „Grauzonen-Bands sind gefährlich, weil sie ein Einfallstor für rechtsextreme Inhalte sind“, so Anne Groß. Bands könnten sich nicht als unpolitisch bezeichnen. „Wer Nazis im Publikum duldet, ist nicht neutral.“

## Wie „Reichsbürger“ und Rechtsextremisten an „Germanitien“ werkeln

[Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung](#)

Quelle: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8204>

Veröffentlicht von [Landeszentrale](#) am 24. April 2012 - 10:34

In Brandenburg – und nicht nur hier – erhalten [Bürgermeister](#), Schulleiter, Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen und Polizeidienststellen sowie Landtagsabgeordnete immer häufiger Schreiben von so genannten Reichsregierungen oder Reichsbürgern. Dahinter können sich auch Rechtsextremisten verbergen, so der brandenburgische Verfassungsschutz.



Aufkleber der "Reichsbürger" am Autokennzeichen „Reichsbürger“ behaupten, die Bundesrepublik sei kein rechtmäßiger Staat. Das Deutsche Reich bestünde in den Grenzen von 1937 bis heute völkerrechtlich fort. Daher ignorieren „Reichsbürger“ alles, was Bundesbürgern amtlich erscheint: Knöllchen, Personalausweise, Regierungen.

Stattdessen präsentieren sie „Reichsbürgerpässe“, kleben Sticker mit Greifvögeln aus dem „Reich“ auf Kfz-Kennzeichen, oder verschicken flächendeckend Briefe „auf besondere Anordnung der Reichsregierung und des Reichsgerichts“ an Schulen.

Das mag auf den ersten Blick nach Schildbürger-, oder vielmehr „Reichsbürgerstreichen“ klingen. Dahinter steckt jedoch häufig mehr. Die Weigerung, die Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland und die ihrer Nachbarn anzuerkennen, wird als Gebietsrevisionismus bezeichnet. Er ist zusammen mit dem Geschichtsrevisionismus (Bestreben, den Nationalsozialismus und seine Auswirkungen nachträglich zu rechtfertigen) gemeinsames Anliegen und Klammer aller rechtsextremistischen Gruppierungen.

Rechtsextremisten sympathisieren mit „Reichsbürgern“ oder sind zum Teil selbst Mitglied in solchen Gruppen. Zum Beispiel Meinolf Schönborn: Der militante Neonationalsozialist aus Nordrhein-Westfalen, Anführer der „Nationalen Ordnung“ und ehemaliger Gefolgsmann

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

des 1991 verstorbenen Neonationalsozialisten [Michael Kühnen](#) – ist bekennender „Reichsbürger“. Er hat Anhänger im nördlichen Brandenburg.

Für Aufsehen sorgte zuletzt „Die Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“. Sie verschickte vor wenigen Wochen Drohbriefe mit rassistischen und antisemitischen Schmähungen an jüdische und islamische Gemeinden in Deutschland. In dem Schreiben finden sich wörtliche Verweise auf das neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“.

„Reichsbürger“ versuchen, in der breiten Öffentlichkeit rechtsextremistischem Gedankengut Gehör zu verschaffen. Dass es dabei häufig zugeht wie im „Leben des Brian“ und „Kommissarische Reichsregierungen“ neben „Amtierenden Reichsregierungen“ um Möchtegern-Staaten wie „Germanitien“ oder die „Natürliche Selbstverwaltung oekogekko“ buhlen, sollte nicht über deren realen Kern hinwegtäuschen: „Reichsregierungen“ sind teilweise tief in der rechtextremistischen Szene verankert. Volksverhetzende Äußerungen, [Holocaust](#)-Leugnung, Werbung für rechtsextremistische [Parteien](#) sowie Aufrufe für rechtsextremistische Demonstrationen sind keine Ausnahme.

[Mehr Informationen](#) in der Pressemitteilung des Ministeriums des Innern Land Brandenburg vom 13.04.2012

Linktipps:

[„Reichsbürger“ hortet Chemikalien](#)

Ein 39-Jähriger lagert in einem alten Luftschutzbunker zentnerweise Pyrotechnik. Er bezeichnet sich als „Reichsbürger“ und glaubt, dass sein Grundstück in Neukölln nicht zu Deutschland gehört ... (Berliner Zeitung, 8.01.2013)

## ZU „MICHAEL NEY VON NPD VEREINNAHMT“

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12340941/61129/Michael-Ney-von-NPD-vereinnahmt-Politik.html>

Märkische Allgemeine, 08.06.2012

Führende Mitglieder der CDU Oberhavel, namentlich der CDU-Kreisvorsitzende Frank Bommert, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Kreistag Oberhavel, Wolfram Sadowski, sowie der CDU-Stadtverordnete Raimund Weiland aus Hohen Neuendorf, nehmen den ehemaligen Vizelandrat Michael Ney (CDU) in Schutz, nachdem dieser in einer NPD-Postille zitiert wurde. Niemand wird ihm ernsthaft unterstellen, dass er ein Mitläufer der NPD ist. Mich erstaunt aber, dass sich führende Mitglieder der CDU Oberhavel ernsthaft darüber wundern, dass die NPD Beifall klatscht, wenn sich Ney mit seinen Äußerungen am rechten Rand der Gesellschaft bewegt.

Private Meinungen hin oder her, aber die Äußerungen Neys wie beispielsweise „Ich bin für die Familienzusammenführung – aber am Bosphorus“ fielen nicht in einer bierseligen Runde zu später Stunde, sondern auf einem Kreisparteitag der CDU Oberhavel.

Wer sich in der Art und Weise äußert, wie es Michael Ney getan hat, betätigt sich meiner Meinung nach als geistiger Brandstifter.

Mich irritiert allerdings, dass sich die CDU Oberhavel jetzt darüber aufregt, dass die NPD Ney vereinnahmt. Bis heute habe ich zu keinem Zeitpunkt gehört oder gelesen, dass sich die CDU Oberhavel von den Äußerungen Neys distanziert hat. Sollte es etwa daran liegen, dass Ney nicht nur seine private Meinung vertritt, sondern der Oberhavler CDU aus dem Herzen spricht?

Uwe Klein, SPD Glienicke

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## Engel mit braunen Sprenkeln

### Alternativwährung wirbt für rechtseoterischen Reichsbürger-Verein

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12342830/61299/Alternativwaehrung-wirbt-fuer-rechtseoterischen-Reichsbuerger-Verein-Engel-mit.html>

Märkische Allgemeine, Dosse Kurier, 13.06.2012

Hinter dem in Kagar und Neuruppin aufgetauchten Engelgeld steckt ein rechtseoterischer Verein. Er lehnt das Grundgesetz ab.

Von Carsten Schäfer

KAGAR/NEURUPPIN Sie sind bunt, leuchtend und kommen ganz harmlos daher, die Scheine des Engelgelds. Beim Tag der offenen Tür vor drei Wochen verkündete die Inhaberin der Lotus Lodge in Kagar, dass sie diese Alternativwährung künftig akzeptiert. Und sie warb beim Tag der offenen Tür für den Verein, der letztlich hinter dem Geld steht – den Verein Neudeutschland mit Sitz in Wittenberg (Sachsen-Anhalt). Ähnliches machte eine Künstlerin, die eine Ausstellung in der Galerie am Bollwerk in Neuruppin hatte.

Doch der Verein Neudeutschland ist nicht so harmlos, wie die Geldscheine aussehen. Der Verein lehne das Grundgesetz ab und erkenne die staatliche Souveränität der Bundesrepublik nicht an, erklärte der Landesverfassungsschutz. Sein Ziel sei ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Die politische Propaganda ähnele vielen der sogenannten Reichsideologen oder Reichsbürgern (siehe Kasten), die glauben, die Bundesrepublik sei kein rechtmäßiger Staat. Damit wollten sie die verfassungsmäßige Ordnung in Zweifel ziehen.

Dieser Reichsidee hängt auch Neudeutschland an, das zeigt ein Blick auf die Internetseite des Vereins. Dort wird die Bundesrepublik für unrechtmäßig erklärt und ein Verfassungsentwurf für die Gründung eines neuen Staates präsentiert. Dieser Entwurf zeigt eine krude Mischung aus antikapitalistischen und autoritären Vorstellungen und einer Räterepublik. Unter anderem soll ein Monarch regieren, der auf Lebenszeit gewählt ist – und seinen Nachfolger selbst bestimmen kann. Vorsitzender von Neudeutschland ist Peter Fitzek aus Wittenberg (Sachsen-Anhalt). Vereinsinterne Demokratie gibt es bei ihm nicht: Er ist nicht abwählbar. Peter Fitzek ist zudem Vorsitzender von „Ganzheitliche Wege e.V.“, dem offiziellen Herausgeber des Engelgelds und Gründer eines „Lichtzentrums“, in dem er esoterische Seminare anbietet.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Die Esoterik sei in den vergangenen Jahren zu einem Scharnier zwischen dem Rechtsextremismus und der Mitte der Gesellschaft geworden, erklärt der Verfassungsschutz. Auch seien die Verbindungen von Reichsideologen und Esoterikern oftmals fließend. Zu diesem Zweck diene auch das Engelgeld: Es solle für Akzeptanz der politischen Ideen werben. Gabriele Schlamann vom Mobilien Beratungsteam in Neuruppin betont zudem, das Engelgeld sei keine Regionalwährung. Schließlich werde es nicht in einer Region, sondern im Zirkel des Vereins verwendet.

Die Galerie am Bollwerk distanziert sich inzwischen vom Engelgeld und den politischen Auffassungen der Künstlerin. Alle Hinweise darauf seien entfernt worden. „Wir geben in keinsten Weise ein Forum für Neudeutschland“, sagt Otto Wynen vom Galerieverein.

Sabine Billerbek, Inhaberin der Lotus Lodge, dagegen steht zu Neudeutschland. Sie ist Mitglied des Vereins. Sie bestreitet allerdings, dass es rechte Tendenzen dort gibt. „Das ist so wenig rechts, wie etwas nur sein kann“, sagt sie der MAZ. Im Verein gehe es basisdemokratisch zu. Dass der Vereinsvorstand nicht abwählbar sei, solle nur verhindern, dass die Bewegung unterwandert werde. „Ich bin weiß Gott alles andere als rechts“, so Billerbek, Peter Fitzek sei das auch nicht. Sie wolle aber eine andere Demokratie. Der Verein sei ein Versuch. Alle Texte seien Entwürfe, die geändert werden könnten.

## Berlin: Die "Neue Gemeinschaft von Philosophen" und die Reichsbewegung

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/heute-protest-berlin-die-neue-gemeinschaft-von-philosophen-und-die-reichsbewegung-7771>

Netz-gegen Nazis, Verfasst von [Redaktion](#) am 14. Juni 2012 - 16:22



Screenshot der Website der so genannten "Reichsbewegung" Quelle: [Screenshot](#)

Seit einigen Monaten erhalten Menschen mit migrantischem Hintergrund, Moscheen, muslimische Vereine und die Jüdische Gemeinde in Berlin und bundesweit Briefe, die ihre Ausreise aus Deutschland fordern. Die Verfasser\*innen der Briefe bezeichnen sich selbst als „Neue Gemeinschaft von Philosophen“ und Initiatoren einer „Reichsbewegung“, die die Wiederherstellung des Deutschen Reiches anstrebe. Um den rassistischen Briefen etwas entgegen zu setzen und über den Umgang mit ihnen zu informieren, ruft die Opferberatungsstelle reach out für den 14. Juni um 17:30 Uhr zu einer Solidaritätskundgebung am Berliner Leopoldplatz auf.

*Von Zoé Sona*

Die Briefe richten sich an Türken, Muslime und afrikanischstämmige Menschen. „Nachdem Thilo Sarrazin trotz seiner diskriminierenden Aussagen nicht von der SPD ausgeschlossen wurde und seine Meinung in vielen Talkshow vertreiben konnte, trauen sich in den letzten Jahren immer mehr Leute, ihre rassistischen Vorurteile offen auszusprechen“, erklärt Safer Çinar, der Integrationsbeauftragte des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Die Verfasser\*innen fordern ihre Adressat\*innen darin auf, bis zum ersten August oder spätestens einem Tag X, an dem der dritte Weltkrieg ausbrechen werde, Deutschland zu verlassen. Sie bedienen sich dabei der rassistischen Argumentation, eine von Politiker\*innen der BRD ins Werk gesetzte „Rassenvermischung“ würde zur „Völkervernichtung“ führen. Um der Ausweisung der Adressat\*innen Nachdruck zu verleihen, drohen die Initiator\*innen der Reichsbewegung damit, alle Zuwiderhandelnden nach Ablauf der Frist standrechtlich zu erschießen. Die so genannte "Reichsbewegung"

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

warnen zugleich vor der „blinden Rache“ eines deutschen Mobs, der seit „Jahren eine unbändige Wut“ gegen „Ausländer“ hege, weil diese gewalttätig und kriminell seien und den Deutschen gegenüber bevorzugt würden. Helga Seyb, Mitarbeiterin von ReachOut, der Berliner Opferberatungsstelle gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus warnt: „Die Reichsbewegung ist mit ihrer Kampagne für die politische Mitte anschlussfähig, weil sie an den weit verbreiteten antimuslimischen Rassismus anknüpft“.

Die "Reichsbewegung" stellt sich als patriotische Befreiungsbewegung dar, die das deutsche Reich in den Grenzen von 1871 wiederherstellen will. Sie sei die einzig legitime Vertretung des deutschen Volkes. Die BRD und die deutsche Regierung seit 1990 bezeichnet sie verschwörungstheoretisch als „Marionettenregierung“ und „Organ der alliierten Fremdherrschaft“. Diese Ansichten verknüpft die Reichsbewegung mit antisemitischen Ressentiments: ihrer Meinung nach ist das deutsche „Volk“ das Opfer einer jüdisch-freimaurerischen Verschwörung, die dieses seit über einem Jahrhundert unterwandern und steuern würde, um es zu überfremden und „umzuvolken“.

Laut einer Pressemitteilung der Berliner Polizei wurden Briefe in den Bezirken Gesundbrunnen, Moabit und Reinickendorf entdeckt. Die Täter\*innen sind bisher unbekannt. „Wir befürchten, dass sich Einzeltäter durch die Schreiben der Reichsbewegung dazu aufgerufen fühlen könnten, aktiv zu werden“, erklärt eine Pressesprecherin des Berliner Verfassungsschutzes. Den positiven Bezug auf das Deutsche Reich und seine unveränderte Geltung hat die "Reichsbewegung" mit rechtsextremen Gruppen gemeinsam, wie der Brandenburger Verfassungsschutz erklärt, der zunehmend mit Aktivitäten der Reichdeutschen und so genannten Reichsbürgern beschäftigt ist. Sie erkennen weder Steuern, noch Strafzettel oder Verwaltungsbescheide an und sind somit auch für die politische Mitte anschlussfähig. Die in den Briefen genannte Internetseite Reichsbewegung.org weist auf eine Verbindung zu den so genannten „Unsterblichen“ hin, einer neuen Aktionsform der rechtsextremen Szene, die seit ungefähr einem Jahr mit flashmobartigen Fackelzügen bundesweit für Aufmerksamkeit sorgen.

Um den rassistischen Briefen etwas entgegen zu setzen und über den Umgang mit ihnen zu informieren, ruft die Opferberatungsstelle reach out für den 14. Juni um 17:30 Uhr zu einer Solidaritätskundgebung am Berliner Leopoldplatz auf.

## Mehr auf [netz-gegen-nazis.de](http://netz-gegen-nazis.de):

[| Reichsbürger-Bewegung](#)

### Ressorts (Netz gegen Nazis):

- [Was sie denken](#)
- [Rechtsextremismus](#)
- [Nazi-Mythen und Lügen](#)

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

- [Was sie machen](#)
- [Lebensstil](#)
- [Weitere Strategien](#)
- [So organisieren sie sich](#)

## Format:

- [Essay](#)

## Tags:

- [Reichsbürger](#)
- [Rassismus](#)
- [bedrohung](#)
- [Verschwörungstheorien](#)

## Region:

- [Berlin](#)
- [Brandenburg](#)

## Lexikon:

- [Reichsbürger](#)
- [Rassismus](#)
- [Bedrohung](#)
- [Verschwörungstheorien](#)

## „Reichsbürger“ im Visier der Behörden

### Neue Gruppe Rechtsextremer in der Mark aktiv

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12391698/62249/>

Märkische Allgemeine, 13.09.2012

POTSDAM Eine bislang wenig bekannte Gruppe von Rechtsextremisten beschäftigt zunehmend die Sicherheitsbehörden in Brandenburg. Sogenannte „Reichsbürger“ eine die krude Vorstellung, dass die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht existiere, erklärte die Leiterin des Landesverfassungsschutzes, Winfriede Schreiber, gestern in Potsdam. Die Zahl der Aktivisten in Brandenburg werde auf etwa 100 geschätzt und wachse an.

Die „Reichsbürger“ zweifeln amtliche Bescheide an oder weisen sich mit selbst gebastelten Reichsausweisen aus Vorkriegszeiten aus. In Brandenburg bekamen rund 300 Schulen Post „auf besondere Anordnung der Reichsregierung und des Reichsgerichts“. Darin wurden sie zur „Vorsorge im Ernstfall“ wegen angeblich anstehender Veränderungen in Deutschland aufgefordert. Ziel solcher Aktionen ist laut Verfassungsschutz eine Infragestellung des Rechtsstaats und eine Blockade staatlichen Handelns.

Um über die Bewegung aufzuklären, hat der märkische Verfassungsschutz in Oranienburg, Potsdam und Frankfurt (Oder) jetzt Infoveranstaltungen für Verwaltungen durchgeführt. Rund 220 Behördenmitarbeiter wurden geschult. Auch in Berlin sind geschichtsrevisionistische „Reichsbürger“ aktiv. dpa/MAZ

## „Besseres Hannover“ Rechtsextreme Gruppe verboten

Quelle: <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/-besseres-hannover--rechtsextreme-gruppe-verboten,10834438,18318102.html>

Frankfurter Rundschau, 25. September 2012

Eine Hakenkreuzfahne, beschlagnahmte Waffen und Propaganda-Material der verbotenen Gruppierung präsentierte das niedersächsische Innenministerium. Foto: dpa

Wegen Volksverhetzung und Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda verbietet Niedersachsen die bedeutendste Neonazi-Gruppierung des Landes. Bei einer Razzia werden Waffen und NPD-Plakate beschlagnahmt.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat die neonazistische Gruppe „Besseres Hannover“ verboten. „Der Spuk hat ein Ende“, sagte er am Dienstag, nachdem seit dem frühen Morgen an insgesamt 27 Orten Wohnungen und Fahrzeuge von Vereinsmitgliedern durchsucht worden waren. Den vier Mitgliedern der Führungsebene seien die Verbotsverfügungen zugestellt worden, das Vereinsvermögen werde eingezogen.

Über Monate habe man akribisch Beweise gesammelt, um der etwa 40 Mitglieder zählenden Gruppierung eine Vereinsstruktur nachweisen zu können, sagte der Minister weiter. Dies sei nun eindeutig gelungen. Auch werde seit Mai dieses Jahres gegen 22 Personen wegen der Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt, gegen 29 Mitglieder liefen weitere Verfahren unter anderem wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Körperverletzung und Bedrohung.

Eine der beschlagnahmten Waffen.

Foto: dpa

SEK im Einsatz

Bei den Durchsuchungen waren nach Angaben von Polizeipräsident Axel Brockmann aus Hannover mehr als 100 Beamte im Einsatz, darunter auch ein Spezialeinsatzkommando, da ein Beschuldigter über eine legale Schusswaffe verfügte. Es wurden diverse Computer, Handys und Datenträger sicher gestellt, aber auch umfangreiches Propagandamaterial, Hieb- und Stich- sowie Schreckschusswaffen und eine Hakenkreuzflagge. Ein Großteil der Durchsuchungen fand im Raum Hannover statt, weitere Objekte befanden sich in Wathlingen, Hildesheim, Niedernwöhren, Obernkirchen, Hohenhameln und Verden. Festnahmen gab es keine.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Razzia im Morgengrauen.

Foto: dpa

Brockmann sprach von einem „tollen Erfolg in beeindruckend schneller Zeit“. Die Gruppe sei in den vergangenen Monaten immer aktiver geworden, wobei auch die Zahl der Straftaten ihrer Mitglieder zugenommen habe. Dies habe die Ermittlungen erleichtert.

Drohungen gegen Ministerin

Einen ersten konkreten Ansatzpunkt lieferte die seit 2008 bestehende Gruppe den Behörden im Dezember letzten Jahres. Damals erhielt die Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) eine Drohmail mit einem volksverhetzenden Video als Anhang. Den in diesem Film auftretenden „Abschiebebär“ benutzte „Besseres Hannover“ daraufhin mehrfach als Vereinskennzeichen. Auch verteilte die Gruppe an Schulen die Zeitung „bock - Das Sprachrohr der Gegenkultur“. Erst in den vergangenen Tagen erschien die neue Ausgabe der Zeitung.

Ein Beamter trägt Plakate der NPD aus einer durchsuchten Wohnung.

Foto: dpa

Bei den Durchsuchungen fanden die Ermittler auch mehrere Plakate der rechtsextremen NPD. Es müsse noch ausgewertet werden, inwiefern das Material aktuell sei, sagte Schünemann. Er könne nicht ausschließen, dass es später neue Erkenntnisse über Verbindungen zwischen der Gruppierung „Besseres Hannover“ und der NPD gebe. Die Innenminister wollen im Dezember entscheiden, ob sie ein erneutes NPD-Verbotsverfahren anstrengen. Verbindungen der Partei zu gewaltbereiten Kameradschaften, wie sie auch in Nordrhein-Westfalen entdeckt wurden, könnten hierbei die Erfolgschancen erhöhen.



Uwe Schünemann

Foto: dpa

Ob das Verbot von „Besseres Hannover“ tatsächlich die Aktivitäten der Mitglieder beeinträchtigt, bleibt abzuwarten. Direkt nach den Durchsuchungen sei auf der nun ebenfalls verbotenen Homepage ein Eintrag unter dem Motto „Wir bleiben unbequem“ online gestellt worden, sagte Brockmann. „Wir schätzen, dass zumindest ein Teil der Mitglieder weiter der Gesinnung nachgeht und aktiv wird.“ Schünemann betonte, dass das Verbot auch für eventuelle Nachfolgeorganisationen gelte. (dapd)

## Rechtsextremismus Neueste Rechte

Quelle: <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/rechtsextremismus-neueste-rechte,10834438,20843510.html>

Frankfurter Rundschau, 11. November 2012

Von Danijel Majic

Die neueste Rechte gibt es nicht nur in Deutschland. Sie präsentiert sich auch in Frankreich. Foto: AFP/PHILIPPE HUGUEN

Die antiliberale Jugendbewegung „Identitäre Bewegung Deutschlands“ ist ein Phänomen, die im Internet ihren Ursprung zu haben scheint. Doch dahinter stecken bekannte rechte Kreise.

[Drucken per Mail](#)

Der Auftritt ist kurz. Drei Maskierte reißen die Glastür der Frankfurter Stadtbibliothek auf, stürmen in den Saal, wo rund 100 Gäste der Eröffnung der Interkulturellen Wochen beiwohnen. Aus einer Musikanlage dröhnt Technomusik. Die Gesichter hinter weißen Plastikmasken versteckt, beginnen die ungebetenen Gäste zu tanzen und Pappschilder in die Höhe zu halten. „Multikulti wegbassen!“ und „IBD“ steht darauf. Eine Weile genießen die Eindringlinge die Aufmerksamkeit. Dann verlassen sie den Saal so schnell, wie sie gekommen waren.

Erst einen Tag später, nach Recherche im Internet, können Besucher und Veranstalter nachvollziehen, was überhaupt vorgefallen ist: Sie sind Zeugen der ersten Aktion der „Identitären Bewegung Deutschlands“ geworden. Ein Video des Vorfalls macht im Netz die Runde. Facebook-Gruppen verbreiten es – vor allem jene, die sich politisch weit rechts von der Mitte positioniert sehen. Dort sehen sich auch die Identitären selbst.

Bis zu diesem Vorfall am 30. Oktober war die Identitäre Bewegung in Deutschland (IBD) nur ein virtuelles Phänomen: Anfang Oktober wurde die Facebook-Gruppe gegründet, die binnen weniger Tage mehr als 2000 Anhänger fand. Daraufhin entstanden Dutzende lokale Untergruppen: Identitäre Bewegung Berlin, Taunus, Hanau, Fulda, Dortmund, Dresden, Hessen, Köln, München, Nürnberg ...

Ein Internethype, der die rechte Zeitung Junge Freiheit über den Beginn einer „europäischen Jugendbewegung“ spekulieren ließ. So präsentieren sich die Identitären auch: als spontane Reaktion einer Generation, die sich dem Identitätsverlust des Westens und einer angeblichen Islamisierung entgegenstelle.

Keine spontane Bewegung

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Bei genauerer Betrachtung aber entpuppt sich die vermeintlich spontane Jugendbewegung als [Projekt bekannter rechter Kreise](#). Ihre Vorbilder finden sie im Ausland. In Wien störten Identitäre Anfang Oktober mit einem Tanzflashmob eine Veranstaltung der Caritas. Am 20. Oktober besetzten 80 französische Identitäre eine Moscheebaustelle in Poitiers. Nach diesen beiden Aktionen setzte der Internetboom bei den deutschen Identitären ein – mit publizistischer Unterstützung rechter Onlineportale und Zeitschriften.

Inhaltlich beschreitet die angebliche Bewegung aber keine neuen Pfade. Mit ihrer Bejahung von Parlamentarismus und dem Verzicht auf offen antisemitische Argumentationsmuster grenzt sie sich klar vom Umfeld der NPD ab. Ihr dezidiert Antiliberalismus und die Angst vor Überfremdung verortet sie im sogenannten neurechten Lager.

„Uns Identitären geht es um den Erhalt unserer ethnokulturellen Identität, die heute durch den demografischen Kollaps, die Massenzuwanderung und die Islamisierung bedroht ist“, heißt es im Programm. Sich selbst hingegen verstehen die Identitären als Vertreter einer zu unrecht als „rassistisch diskreditierten Mehrheitsmeinung“: „100% identitär, 0% rassistisch“, nenne sie als Motto. Diese Argumentation finden sich in ähnlicher Form in fast allen rechtspopulistischen Bewegungen Europas wieder.

## Gegen Institutionalisierung

Doch im Gegensatz zu den Anhängern von rechten Splitterparteien wie „Die Freiheit“ lehnen die Identitären eine Institutionalisierung ab. Stattdessen sollen mit spektakulären Aktionen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen werden. Auf dieses Publikum zielt auch die Ästhetik von Flyern und Plakaten ab, die popkulturelle Symbole aufgreift.

Der griechische Buchstabe Lambda etwa soll die Schilde der Spartaner geziert haben – den meisten Anhängern aber dürfte diese Tatsache nicht aus dem Geschichtsunterricht bekannt sein, sondern aus dem Hollywood-Film „300“, der sich wegen seiner Kulturkampfsymbolik in rechten Kreisen großer Beliebtheit erfreut.

Auch das Aktionskonzept der Identitären ist in neurechten Kreisen kein Novum. Schon 2007 hatte der Publizist und Gründer der rechten Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“ (IfS), Götz Kubitschek, die Konservative Subversive Aktion (KSA) gegründet, die ihre Positionen ebenfalls durch Provokationen ins Bewusstsein transportieren wollte. Trotz einiger medienwirksamer Inszenierungen, etwa der Störung einer Günter-Grass-Lesung, konnte die KSA jedoch nie eine größere Anhängerschaft mobilisieren. Mit den Identitären soll sich das ändern. Kubitschek selbst wähnt sich in einem „geistigen Bürgerkrieg“, wie er 2011 in einem TV-Interview erklärte. Dabei sind ihm die Identitären als Fußvolk wie als neuer Rekrutierungsmechanismus willkommen.

Entsprechend stark wird die Idee vom Umfeld Kubitscheks und des IfS forciert. Die ersten Gruppen waren kaum gegründet, da bot der Webshop der rechten Schülerzeitung Blaue Narzisse schon Aufkleber mit Lambda-Logo an. Die Webseite des IfS-Magazins, deren Autoren auch für Junge Freiheit und Blaue Narzisse schreiben, berichtet fast täglich über die Identitären. Kubitschek selbst besuchte am vorigen Wochenende den Kongress der französischen Identitären, um „abzugleichen, was wir in Deutschland noch machen könnten“,

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

wie es in der Ankündigung hieß. Wenn man die Bewegung auch nicht in Gang gebracht hat, so kann man sie doch wenigstens lenken, so das Motto.

Doch trotz aller Bemühungen will den deutschen Identitären der Schritt aus der Virtualität heraus bislang nicht so recht gelingen. In Berlin etwa besteht die Identitäre Bewegung trotz fast 250 Facebook-Freunden aus gerade mal drei Aktiven: einem Polizeischüler, einem Abiturienten und Johannes S., einem Blaue-Narzisse-Autor. Eine erste geplante Aktion mussten sie Ende vergangener Woche bereits absagen – aus Mangel an Mitstreitern. (mit big.)

## Rechtsextremismus Immer mehr Rechte in Ostdeutschland

Quelle: <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/rechtsextremismus-immer-mehr-rechte-in-ostdeutschland,10834438,20850886.html>

Frankfurter Rundschau, 12. November 2012

Hakenkreuz-Schmiererei auf einem Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Kröpelin (Landkreis Rostock). Foto: dpa

Fast jeder siebte Ostdeutsche hat ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Das bringt eine neue Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung an den Tag. Was die Verfasser besonders alarmiert: Immer mehr junge Leute denken rechts. Eine ganze Generation in Ostdeutschland habe das Gefühl, nicht gebraucht zu werden.

Berlin –

Rechtsextremes Gedankengut ist einer Studie zufolge in Ostdeutschland dramatisch auf dem Vormarsch: Die Zahl der Bürger mit einem fest geschlossenem rechtsextremen Weltbild stieg dort im Vergleich zu 2010 sprunghaft von 10,5 auf 15,8 Prozent, wie aus der am Montag in Berlin vorgestellten Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hervorgeht. Die Verfasser bezeichneten die Entwicklung in den neuen Ländern als „alarmierend“.

Dass rund jeder siebte Ostdeutsche ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild habe, sei der höchste Wert, der bei ihren regelmäßigen Studien bislang gemessen wurde, betonte die FES. In Westdeutschland sank die Quote dagegen von 2010 bis 2012 von 7,6 auf 7,3 Prozent. Der Mittelwert für ganz Deutschland erhöhte sich von 8,2 auf neun Prozent. Die SPD-nahe Stiftung untersucht in der repräsentativen Erhebung „Die Mitte im Umbruch“ alle zwei Jahre die Verbreitung von rechtsextremen, antidemokratischen, antisemitischen und islamfeindlichen Haltungen.

Ein Rechtsradikaler hält bei einer Neonazi-Demonstration durch Magdeburg eine Fahnenstange mit einem Adler drauf.

Foto: dpa

Als besonders dramatisch bezeichneten die Autoren, dass in Ostdeutschland inzwischen eine neue Generation von Rechtsextremisten entstanden ist. Anders als bei früheren Befragungen wiesen 14- bis 30-Jährigen dort hinsichtlich ihrer Zustimmung zu einer

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

rechtsautoritären Diktatur, zu Sozialdarwinismus oder zur Verharmlosung des Nationalsozialismus höhere Werte auf als über 60-Jährige.

## Die vergessene Generation

"Bestand in der Vergangenheit ein enger Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und rechtsextremer Einstellung, so findet sich dieser nun nicht wieder", warnt die Studie. „Die Brisanz dieser Situation darf keinesfalls unterschätzt werden.“ Es handle sich offensichtlich um eine Folge der Strukturprobleme in Ostdeutschland sowie des Gefühls einer Generation, nicht gebraucht zu werden.

Der Verweis auf die soziale und wirtschaftliche Abkopplung zeige auch, dass es sich im Kern nicht um ein ostdeutsches Problem handle, betonten die Autoren. Entscheidend seien wirtschaftliche Strukturmerkmale. Im Osten gebe es nur besonders viele „abwärtsdriftende Regionen“.

Angesichts einer enormen Jugendarbeitslosigkeit und unsicherer Perspektiven mache das auch mit Blick auf andere Regionen Deutschlands und Europas pessimistisch. „Diese zurückgelassenen Regionen bringen für die Demokratie langfristig viel schwerwiegendere Probleme mit sich als 'nur' hohe Arbeitslosenzahlen oder Verschuldungsraten“, erklärte die FES.

Der Erhebung zufolge sind in Deutschland in hohem Maße auch antisemitische und antiislamische Einstellungen vorhanden. Antisemitische Einstellungen seien bei mindestens knapp einem Drittel (28 Prozent) in der einen oder anderen Form festzustellen. Daneben gebe es ein „enormes Potenzial“ an antiislamischen Haltungen. So seien 36,2 Prozent islamfeindlich, 60,8 Prozent islamkritisch. Für die Untersuchung befragte die FES nach eigenen Angaben im diesem Sommer 2400 Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund. (afp)

[Rechtsextremismus: Neueste Rechte](#)

[„Besseres Hannover“: Rechtsextreme Gruppe verboten](#)

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

**Ewiggestrig in die Zukunft:**

## Die Reichsbürgerbewegung

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/ewiggestrig-die-zukunft-die-reichsb%C3%BCrgerbewegung-8247>

Netz-gegen Nazis, Verfasst von [Redaktion](#) am 14. November 2012 - 14:37



Screenshot eines Youtube-Videos Quelle: [netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de)

Als Rio Reiser seinen "König von Deutschland" dichtete, hatte er gewiss nicht Peter Fitzek im Kopf gehabt, der am 16. September 2012 zum König von Deutschland ausgerufen wurde. Was zuerst nach einer kruden Geschichte klingt, entpuppt sich als Werk ausgemachter Rechtsextremer. Denn Fitzek gehört zur so genannten "Reichsbürgerbewegung".

*Von Johannes Baldauf*

Die so genannten Reichsbürger bzw. die Reichsbewegungen halten die BRD für nicht existent und propagieren vom Fortbestand des "Deutschen Reiches". Ihrer Meinung nach fehle der Bundesrepublik die verfassungsrechtliche Grundlage. Als Begründung wird zum Beispiel der Staatsrechtler Carlo Schmid verkürzt zitiert oder auf den 2+4 Vertrag verwiesen.

### **Rassistische Drohbriefe**

In jeweils kleineren Gruppen organisiert, bilden die Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung "kommissarische Reichsregierungen". Zeitweise gab es über 30 verschiedene dieser "kommissarischen Reichsregierungen", die sich jeweils für die einzig legitime Vertretung ihres "Reichs" ansahen und einander gegenseitig die Legitimation absprachen. Lange als Spinner ignoriert und belächelt, aber trotzdem tief in der rechtsextremen Szene verankert, sorgten Briefe der Reichsbürger-Gruppe "Neue Gemeinschaft von Philosophen" in der ersten Jahreshälfte für Wirbel. In den rassistischen Droh-Briefen, die bundesweit an Moscheen, muslimische Vereine, die Jüdische Gemeinde in Berlin und Privatpersonen

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

verschickt wurden, forderte man "alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer" auf, das Land bis Anfang August zu verlassen. Nach Ablauf dieser Frist drohe bei Nicht-Befolgung die Erschießung.

Gleichzeitig verschickte man Briefe an Kindergärten und Schulen und forderte dazu auf Vorräte anzulegen. Dieser Brief wurde als "Erlass" an mehr als 300 Einrichtungen in Brandenburg verschickt. (Siehe dazu auch "[netz-gegen-nazis.de](http://netz-gegen-nazis.de)" und "[Potsdamer Neueste Nachrichten](http://Potsdamer-Neueste-Nachrichten)")

Der Verfassungsschutz Brandenburg reagierte und veröffentlichte [eine längere Mitteilung](#), um über diese Bewegung aufzuklären. Und er macht klar: "'Reichsregierungen' sind teilweise tief in der rechtsextremistischen Szene verankert. Volksverhetzende Äußerungen, Holocaust-Leugnung, Werbung für rechtsextremistische Parteien sowie Aufrufe für rechtsextremistische Demonstrationen sind keine Seltenheit."

## "Königreich Deutschland"

Doch es gibt auch Anschlüsse in die Szene der braunen Esoterik. Aktuell ist [Peter Fitzek](#) ein populäres Beispiel. Dieser hat sich im September 2012 zum Herrscher des "Königreich Deutschland" ausrufen lassen. (Siehe dazu auch "[Publikative.org](http://Publikative.org)") Neben der Gründung von neun Hektar großen "Königreichen" ist Fitzek Vorstandsvorsitzender des "Lichtzentrums Wittenberg", in welchem Seminare zur "[Germanischen Neuen Medizin](#)" angeboten werden.

Weiter ist Fitzek auch der Erfinder einer Alternativwährung namens "Engelgeld". Diese Alternativwährung soll ebenso wie die Esoterik eine Scharnierfunktion zwischen rechtsextremen Weltbildern und der Mitte der Gesellschaft einnehmen. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien, deren steigende Popularität im Internet zu beobachten ist. Die "Reichsbewegung" stellt ebenfalls eine Verschwörungstheorie dar, wenn auch eine, die sich nur in Deutschland finden lässt: Die Bundesrepublik Deutschland bezeichnen sie als Firma, als *BRD GmbH*, die von den Alliierten installiert worden sei.

Arglose Bürgerinnen und Bürger lockt man mit dem Versprechen, keine Steuern mehr zahlen zu müssen. Alternative Führerscheine, Nummernschilder und Ausweise sind ebenso im Angebot. Mit derlei Fantasiedokumenten schaffen es Reichsbürger [regelmäßig für Aufmerksamkeit zu sorgen](#), wie zum Beispiel bei einer Verkehrskontrolle, als man den Fantasie-Ausweis des "Deutschen Reichs" als legitimes Dokument vorzeigen wollte.

## Diskussionen sinnlos

Behörden sind von derlei Gebaren oft überrumpelt, zumal Anhängerinnen und Anhänger der "Reichsbewegung" auf jeden Brief und Amtsbescheid mit Widerspruch antworten und die Legitimität der Behörde anzweifeln. Daher hat der Verfassungsschutz Brandenburg unter anderem empfohlen "dienstliche[n] Schriftwechsel" mit 'Reichsbürgern' auf ein

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

absolut notwendige Mindestmaß" zu beschränken, denn es sei sowieso "sinnlos, mit 'Reichsbürgern' zu diskutieren".

## Ressorts (Netz gegen Nazis):

- [Wissen](#)
- [Was sie denken](#)
- [Rechtsextremismus](#)
- [Nazi-Mythen und Lügen](#)
- [Verschwörungstheorien](#)
- [Lebensstil](#)
- [Weitere Strategien](#)
- [So organisieren sie sich](#)

## Format:

- [Essay](#)

## Region:

- [Bundesweit](#)

## Lexikon:

- [Verschwörungstheorien](#)
- [Reichsbürger](#)
- [Rassismus](#)

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## Neue Rechte

### Sie nennen sich Reichsbürger

Quelle: <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/neue-rechte-sie-nennen-sich-reichsbuerger,10834438,21079884.html>

Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 2012

Von Bernhard Honnigfort

Mit Schäferhund und Familienbande: Propagandaplattform der "Exilregierung" unter "Reichskanzler" Norbert Schittke. Foto: Homepage der "Exilregierung" / friedensvertrag.info

Es gibt eine Bewegung in Deutschland, die der Ansicht ist, dass Angela Merkel nicht regiert, der Bundestag den Mund halten soll und Gesetze ungültig sind. Ganz so harmlos wie spinnert sind diese Leute nicht.

Dresden –

An einem kühlen Tag Ende November marschierte ein Gerichtsvollzieher in das Örtchen Bärwalde zwischen Moritzburg und Dresden. Der Mann wollte Schulden eintreiben, wie er es jeden Tag tun muss. Dieses Mal erlebte er sein blaues Wunder. Nach Klingeln an der Tür und anschließendem kurzem Wortgefecht rief der Schuldner nämlich die Polizei um Hilfe. Kurz darauf kamen „Polizisten“ und nahmen den Gerichtsvollzieher fest.

Aber es waren kein bundesdeutschen Polizisten, wie man sie kennt. Männer des DPHW waren aufgetaucht, uniformierte Kerle mit Kabelbindern statt Handschellen: Männer des „Deutschen Polizei Hilfswerks“. Der Gerichtsvollzieher sei nur ein „vorgeblicher Gerichtsvollzieher“, er sei überhaupt keine Amtsperson, habe überhaupt kein Recht gehabt, Geld einzutreiben und sei deshalb vom DPHW an der Flucht gehindert worden, teilte DPHW im Internet später mit.

Schließlich mussten echte Polizisten kommen und den Gerichtsvollzieher befreien. Seitdem beschäftigt der merkwürdige Fall die Justiz. „Das hat eine neue Qualität“, heißt es im Dresdner Innenministerium. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt.

Fürst Norbert Schittke - das Staatsoberhaupt

Was war passiert? Wer waren diese Leute? Ein Häuflein Spinner? Kerle, die gerne Fantasieuniformen tragen, einen über den Durst trinken und sich wichtig machen wollen? Es ist ein bisschen mehr.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Es gibt eine sonderbare Bewegung in Deutschland, die der Ansicht ist, dass Angela Merkel nicht regiert, der Bundestag den Mund halten sollte, dass die Gesetze und jeder Personalausweis ungültig sind. Sie nennen sich Reichsbürger, das DPHW wird in ihren Dunstkreis gerechnet.

Wie viele es genau sind, weiß kein Mensch, es gibt sie in Ost- wie in Westdeutschland. Der Verfassungsschutz in Niedersachsen rechnet sie zu den Rechtsextremisten, hält sie aber für weniger bedeutend. Nazikameradschaften machen ihnen mehr Kummer. Verfassungsschützer in Brandenburg warnten kürzlich allerdings vor den angeblichen Reichsbürgern.

Folgt man ihrem kruden Denken, dann war zumindest bis zum Herbst ein gewisser Fürst Norbert Schittke aus der Nähe von Hildesheim das deutsche Staatsoberhaupt, der Reichskanzler. Eigentlich ist der Mann, der aussieht wie ein ergrauter Bademeister, Rentner, früher war er angeblich auch Präsident des Europäischen Wohnmobilmfahrerverbandes. Angeblich wurde er kürzlich abgesetzt, was aber den Lauf der deutschen Politik nicht änderte, weil kein Mensch davon erfuhr. Man weiß nichts Genaues.

## Verhaltensauffällige, ergraute Männer

Das letzte Treffen der Exilregierung noch unter Leitung von Fürst und Reichskanzler Schittke fand im Sommer in einer Kneipe im Spreewald statt. [ZDF.neo hatte damals herrlich darüber berichtet](#): Der Regierungsgipfel wirkte wie ein Zusammentreffen verhaltensauffälliger, meist älterer Herren, von denen viele dunkle Barette, bedeutungsvolle Gesichter und unter der Nase einen seit bald siebzig Jahren aus der Mode gekommenen Schnurrbart trugen. Schittke und seine Exilanten sind der Ansicht, das Deutsche Reich bestehe in seinen Grenzen von 1937 fort.

Die Bundesrepublik sei nur eine Art alliiertes Geschäftsmodell, eine Firma, welche die Welt mit Gütern versorge. „Eine Kuh in Scheinfreiheit“, meinte er. Deutschland lebe immer noch im Kriegszustand mit seinen Nachbarn und Hitler habe für den Papst Juden umgebracht. Das sei alles erwiesen und historisch belegt.

Wer so denkt, lebt in einem Paralleluniversum namens Unfug und dürfte im Küchenschrank keine Tassen mehr vorfinden. Man stellt eigene Pässe aus, eigene Führerscheine. Wer so denkt, lässt auch keinen Gerichtsvollzieher in seine Wohnung und befindet sich im permanenten Kriegszustand mit der Realität. Bundespolitiker sind „Berufslügner und Volksverräter“, die Bundesrepublik die „staatssimulative Besatzungsverwaltungsfirma BRD“.

## Verbindungen zur rechten Szene

Ganz so harmlos wie spinnert sind diese Leute womöglich doch nicht. In Sachsen stellte der Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdi im Dresdner Landtag eine Anfrage, um herauszukriegen, was hinter dem DPHW und den Reichsdeutschen stecke. Seiner Ansicht

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

nach reagierten die sofort: „Farbanschlag auf mein Regionalbüro in Meißen – nachdem wir rechte Attacke auf Gerichtsvollzieher öffentlich machten“, twitterte Lichdi Anfang der Woche.

Im Landkreis Nordhausen mussten sich Mitarbeiter der Bauverwaltung vor Jahren mit Reichsbürgern rumschlagen, die angefangen hatten, ihre Schrebergartenhäuschen zu unterkellern, was nicht erlaubt war. Das Ganze endete in ewigen Scherereien vor Gerichten. Mitarbeiter des Landratsamtes waren von angeblichen Exilregierenden beschimpft und bedroht worden.

Die Verbindungen zur rechten Szene sind unübersehbar. Bundesdeutsche Gerichte verurteilten in den vergangenen Jahren mehrfach sogenannte Sachwalter des Deutschen Reiches wegen Volksverhetzung, Titelmisbrauch und Amtsanmaßung. „Zahlreiche führende Mitglieder waren zuvor Funktionäre der extremen Rechten“, meint die sächsische Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (Linke).

Warum Fürst Norbert Schittke im Herbst von seinen Leuten abgesetzt wurde und nun nicht mehr Reichskanzler ist, bleibt unklar. Auch der ZDF-Bericht über das Spreewalder Regierungstreffen enthielt keine Antwort.

Querulatorisch veranlagt

Vielleicht waren es ja die eigenartigen Ansichten des Reichskanzlers a. D. über die Bedeutung von Kondensstreifen am Himmel, die sogar unter den Wirrköpfen in seiner Anhängerschaft so etwas wie Nachdenken auslösten: Fürst Schittke vertrat nämlich die Ansicht, Kondensstreifen, wie sie Flugzeuge nun einmal in den Himmel malen, seien keine Kondensstreifen, sondern etwas sehr, sehr Böses und Geheimnisvolles, ausgeheckt auf einer „Bildersberger Konferenz“ von den wahrhaft Mächtigen dieser Welt, um 85 Prozent der Menschheit auszulöschen.

Aber vielleicht war es auch nicht so. Laut Verfassungsschützern neigen die querulatorisch veranlagten und von pseudohistorischen Wahnvorstellungen heimgesuchten Reichsbürger schlicht zu Zank und Streit.

[Treffen der Deutschen Burschenschaft: Die Rechten und der kleine Rest](#)

[NPD-Verbot: NPD will Verfassungstreue attestieren lassen](#)

[Initiativen gegen Rechts: Halbherzige Unterstützung](#)

[Rechtsextremismus: Braune Gedanken breiten sich aus](#)

[Rechtsextremismus: Immer mehr Rechte in Ostdeutschland](#)

[Neonazis auf Facebook und YouTube: Neonazis entdecken soziale Netzwerke](#)

[Neonazis Bundesrat: Die Neonazi-Datei kommt](#)

[Rechtsextremismus: Razzia gegen Neonaziforum "Thiazi.net"](#)

[Neonazis in Offenbach: Neonazi-Frauen wenig auffällig](#)

[Rechtsextreme: Neonazi-Partei mit Schlägertrupps](#)

[Volkszorn als Türöffner: Neonazis auf Facebook](#)

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

## Rechte in Sachsen

### Eigene Polizei für „Reichsbürger“

<http://www.taz.de/!108079/>

Die taz, 27.12.2012

Bei Dresden überfallen „Hilfspolizisten“ einen Gerichtsvollzieher. Sie gehören zum Umfeld der „Reichsbürger“, die die BRD nicht anerkennen

von Michael Bartsch

Auf ein Regionalbüro des Grünen-Landtagsabgeordneten Johannes Lichdi wurde ein Farbanschlag verübt.

DRESDEN taz | Was Ende November tatsächlich im Dörfchen Bärwalde rund 20 Kilometer nördlich von Dresden geschehen war, erfassten Behörden und Medien erst rund zwei Wochen später. Denn der Vorgang erscheint ebenso skurril wie alarmierend. Als ein Gerichtsvollzieher im Namen des Amtsgerichtes Meißen eine Forderung zwangsvollstrecken wollte, empfingen ihn am Grundstück mindestens 15 Männer in blauen Fantasieuniformen des „Deutschen Polizeihilfswerks“ DPHW.

Dem „vorgeblichen Gerichtsvollzieher“, so eine spätere Pressemitteilung des DPHW, wurde „die vorläufige Festnahme ... zur Prüfung der Rechtmäßigkeit seiner Forderung angetragen“. Erst die von ihm zu Hilfe gerufene echte Polizei konnte den Gefesselten befreien.

Die Aktion lenkte schlagartig den Blick auf das DPHW, das bislang nur Insidern durch Internet-Verlautbarungen in krausem Deutsch und wirre Briefe des ehemaligen Polizeigewerkschaftsfunktionärs Volker Schöne bekannt war. „Wir nehmen den Vorfall sehr ernst. Das ist eine neue Qualität“, sagte Sprecher Frank Wend vom Sächsischen Innenministerium.

Die Staatsanwaltschaft Dresden und die Spezialeinheit Soko Rex des LKA Sachsen ermitteln. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi, auf dessen Meißner Regionalbüro nach seiner Veröffentlichung von Einzelheiten des Überfalls ein Farbanschlag verübt wurde, stellte eine Anfrage im Landtag.

### Trennung zwischen Volk und Staat

Beim Polizei-Hilfswerk handelt es sich nach eigenem Bekunden um eine bundesweite selbsternannte Hilfspolizei von Menschen, „welche die freiheitlich-demokratische

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Grundordnung als gefährdet einschätzen“. Eine Nähe zu den sogenannten Reichsbürgern bestätigt die nicht minder skurrile „Republik Freies Deutschland“ zwar nicht. Sie ist aber spätestens bei Links zur Seite [„volksbetrug.net“](http://volksbetrug.net) unübersehbar. Wie die „Reichsbürger“ auch sieht das DPHW den Staat BRD nur als illegales Nachkriegsprovisorium an und trennt zwischen Volk und Staat. Die Polizei sei folglich auch nicht vom Volk legitimiert.

Die selbsternannten Polizisten sprechen von einem „rechtleeren Raum“ und dem „herrschenden Recht des Stärkeren“, das sie durch subjektives Rechtsempfinden und Selbstjustiz ersetzen.

Mitteilungen des DPHW lassen darauf schließen, dass es sich bei dem Übergriff im Landkreis Meißen nicht um einen Einzelfall handelt. Neben einem nicht näher bezeichneten Erfolg in Berlin-Kreuzberg rühmt sich das Hilfswerk auch einer verhinderten Verhaftung im sachsen-anhaltischen Petersroda am 19. Dezember.

## Artikel zum Thema:

[Verfassungsschutz schredderte](#)

["Nur noch fassungslos"](#)

[Berliner Justiz](#)

[Schwelgende Reichsbürger](#)

[Pyrotechnik in Neukölln](#)

[Razzia beim "Reichsbürger"](#)

[Leipziger „Republik Freies Deutschland“](#)

[Sonderbare Staatsgründer](#)

In auffälliger Weise geht es immer wieder um das schnöde Geld. Die „Geldeintreibemethodik hierzulande“ wird verbal angeprangert. Von den „Reichsbürgern“ ist bekannt, dass sie Gebühren und Strafgebühren unter Verweis auf angebliche Unzuständigkeit von BRD-Behörden verweigern. Deshalb kollidieren sie oft mit Gerichtsvollziehern, die ein DPHW-Mitglied im MDR-Magazin „Exakt“ als „Plünderer“ bezeichnete. Kerstin Köditz, Antifa-Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, interessieren die personellen Verquickungen mit der rechten Szene. Sie kritisiert, dass der Landes-Verfassungsschutz „weiterhin im Tiefschlaf“ liege und keine Erkenntnisse über das Polizei-Hilfswerk besitze.

## Selbstjustiz im Blaumann: Die Reichsbürger sind wieder unterwegs

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/selbstjustiz-im-blaumann-die-reichsbuerger-sind-wieder-unterwegs-8392>

Netz-gegen Nazis, Verfasst von [Redaktion](#) am 7. Januar 2013 - 13:59



Screenshot der Facebookseite vom "DPHW" Quelle: [netz-gegen-nazis.de](http://netz-gegen-nazis.de)

Die Reichsbürgerbewegung entlockt vielen Menschen zunächst ein Schmunzeln: Da stellen sich deren Mitglieder Ausweise und Führerscheine aus, gründen Fantasiereiche oder schwadronieren auf einem der zahllosen Blogs über die scheinbare Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch sollte diese Nische rechtsextremer Weltanschauung ernst genommen werden – auch von den Behörden.

*Von Johannes Baldauf*

Nachdem die [rassistischen Drohbriefe](#), die Anfang 2012 an verschiedene Institutionen und Privatpersonen verschickt wurden und Ausländer zur Ausreise aufforderten, die Reichsbürger-Bewegung aus den Meldungen unter "Vermischtes" herausholten und Behörden und Medien zu einer ernsthaften Beschäftigung mit der Problematik und dem rechtsextremen Potential dieser Szene zwang, sorgt nun das Erscheinen einer weiteren Gruppierung für Beunruhigung. Das "Deutsche Polizei Hilfswerk" (DPHW) stellt die neueste Entwicklung in der Szene der Reichsbürger dar. Als einer vermeintlichen Mischung aus Technischem Hilfswerk und Freiwilliger Feuerwehr wird versucht, eine Art selbstorganisierter Bürgerwehr mit offiziellem Anstrich zu mimen. Die Selbstbeschreibung des DPHW macht deutlich, dass man sich als Ordnungshüter versteht, ohne dass es sich

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

dabei um ausgebildete Polizistinnen oder Polizisten handelt. Selbsternannte Hilfssheriffs in Uniform, die die Bürgerinnen und Bürger schützen wollen.

## Selbstjustiz im Namen der Ordnung

Die Frage ist nur: Vor wem? Beim DPHW spricht man von "Behördenkriminalität", vor der die Menschen geschützt werden sollen. Für die Bewegung der Reichsdeutschen ist die BRD eine Firma und kein Staat, weshalb die Polizei als Exekutive des Staates in ihren Augen auch keine Legitimation besitzt. Und da es dennoch eine Ordnungsmacht geben muss, sieht sich das DPHW als Hüter, Schaffer und Wahrer der Ordnung. Das klingt nach Selbstjustiz.

Was die selbsternannten Hilfssheriffs damit meinen, zeigte sich zum Beispiel Ende November in Bärwalde in Sachsen. Dort hinderten mindestens 15 Hobbypolizisten des DPHW einen Gerichtsvollzieher an seiner Arbeit und fesselten diesen mit Kabelbindern. Die hinzugerufene (echte) Polizei musste den Mann befreien.

Der Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi (Grüne) stellte wegen dieses Vorfalls eine parlamentarische Anfrage bezüglich des rechtsextremen Potentials des DPHW an die sächsische Regierung. Als Reaktion erfolgte in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember ein Anschlag mit Farbbeuteln auf sein Büro in Meißen.

Der Vorfall in Bärwalde ist dabei nur eine Episode unter den vielen Umtrieben des DPHW. Eigene Pressemitteilungen verweisen auch auf Aktionen in Berlin und Sachsen-Anhalt. Und meistens geht es darum Gerichtsvollzieher an ihrer Arbeit zu hindern. Denn nach Auffassung des DPHW setzen diese nicht die Forderungen des Staates durch, sondern seien "Plünderer".

## Exekutive für einen Scheinstaat

Doch wer steckt eigentlich dahinter? Wie viele Menschen sich zum DPHW zugehörig zählen, ist nicht bekannt. Auch ist unklar, wie viele lokale Gruppierungen es deutschlandweit gibt. Die Homepage des DPHW weist kein Impressum auf. Registriert ist die Seite auf Keven Olschero, der auch die Seite "polizei-shop.eu" betreibt. Dort prangt das Logo des DPHW, aber es werden unter anderem Kleidungsstücke mit dem Aufdruck "DPolG" angeboten. "DPolG" ist die offizielle Abkürzung der deutschen Polizeigewerkschaft - nicht der einzige Verweis auf die (echte) Polizei. Zum Vorstand des DPHW gehört Volker Schöne, der früher in der Polizeigewerkschaft Sachsen tätig war. Im Netz findet sich sogar die Behauptung, dass Personen, die im aktiven Polizeidienst tätig sind, zum DPHW gehören. Dazu bestehen Verbindungen zu anderen Reichsbürger-Gruppen. So geht aus Dokumenten der Gruppe um den Fantasiestaat "Freies Deutschland" hervor, dass das DPHW als Exekutive dieses Scheinstaaates operieren soll. Gleiches gilt für die [Reichsbürger-Gruppe um Peter Fitzek und seinen Schein-Staat "NeuDeutschland"](#).

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Die Aktionen des DPHW bringen ihnen selbst und auch der Reichsbürger-Bewegung viel Aufmerksamkeit - hoffentlich auch seitens der Behörden. Immerhin hat die Staatsanwaltschaft Dresden schon ein Verfahren unter anderem wegen Amtsanmaßung eröffnet.

Mehr bei [netz-gegen-nazis.de](http://netz-gegen-nazis.de)

- [Ewiggestrig in die Zukunft: Die Reichsbürgerbewegung](#)
- [Berlin: Die "Neue Gemeinschaft von Philosophen" und die Reichsbewegung](#)

**Ressorts (Netz gegen Nazis):**

- [Wissen](#)
- [Was sie denken](#)
- [Rechtsextremismus](#)
- [Verschwörungstheorien](#)
- [Lebensstil](#)
- [Weitere Strategien](#)

**Format:**

- [Essay](#)

**Region:**

- [Bundesweit](#)

**Lexikon:**

- [Reichsbürger](#)
- [Deutsches Polizei Hilfswerk](#)
- [Verschwörungstheorien](#)

## „Reichsbürger“ zahlen kein Bußgeld

## Rechtsextreme Bewegung bombardiert Verwaltungen mit Drohungen / Warnung vor „Gefährdungspotenzial“

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12452829/62249/Rechtsextreme-Bewegung-bombardiert-Verwaltungen-mit-Drohungen-Warnung-vor.html>

Märkische Allgemeine, 12.01.2013

Eine Luckenwalder NPD-Abgeordnete sitzt im Gefängnis, weil sie ihre Geldstrafen nicht bezahlen wollte. Offenbar gehört sie zu den rechtsextremen „Reichsbürgern“.

Von Gerald Dietz

POTSDAM Sie sei „Staatsbürgerin der Exilregierung des 2. Deutschen Reiches“ – mit diesen Worten soll Bärbel Redhammer-Raback die Polizei in Empfang genommen haben. Die Beamten hatten sich gerade mithilfe eines Schlüsseldienstes Zutritt zu ihrer Wohnung verschafft. Am vergangenen Dienstag nahmen sie die NPD-Stadtverordnete für Luckenwalde (Teltow-Fläming) und Kreistagsabgeordnete nach MAZ-Informationen fest. Der Grund: Sie hatte sich geweigert, zwei Bußgelder in Höhe von 105 Euro zu bezahlen. Jetzt sitzt sie im Gefängnis Duben (Dahme-Spreewald) in Erziehungshaft.

Der aktuelle Fall ist typisch für die krude Bewegung der „Reichsbürger“, die sich als Angehörige eines „Deutschen Reichs“ in den Grenzen von 1937 wähnen. Für sie regiert nicht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sie haben einen eigenen „Exilkanzler“. Bis vor kurzem war das ein gewisser Fürst Norbert Schittke. Gesetze und Ausweise der Bundesrepublik sind für Reichsbürger ungültig. Manche von ihnen glauben ernsthaft, die Nazis seien mit „Reichsflugscheiben“ nach „Neuschwabenland“ in die Antarktis zu einer geheimen Basis geflüchtet. Das Potsdamer Innenministerium geht davon aus, dass weit über 100 „Reichsbürger“ in der Mark leben. Sie bombardieren Verwaltungen, Schulleiter oder Landtagsabgeordnete mit ihren Schreiben. Im vergangenen Frühjahr etwa gingen Briefe bei 300 Schulen auf „besondere Anordnung der Reichsregierung“ ein. Darin wurde

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

zur „Vorsorge im Ernstfall“ aufgefordert – vermutlich der Hinweis auf eine selbstinszenierte Revolution.

Ähnlich haarsträubend: Ein dem Verfassungsschutz bestens bekannter Werderaner (Potsdam-Mittelmark) schrieb einen Brief an den „Herrn SPD-Gauleiter“ Wolfgang Blasig – den Landrat von Potsdam-Mittelmark –, in dem er „Besatzungskosten“ einfordert und einen „Betreuungsantrag“ gegen einen Richter stellt.

Ein ähnlich Gesinnter aus Lübben (Dahme-Spreewald) verlangt, dass die „Todesstrafe“ gegen eine Gerichtsvollzieherin verhängt werde. Auf Gerichtsvollzieher haben es die Reichsbewegten besonders abgesehen. Im sächsischen Bärwalde setzten uniformierte Männer des „Deutschen Polizei Hilfswerks“ einen Beamten fest, während dieser seines Amtes waltete. Auch das „Hilfswerk“ wird dem Dunstkreis der Reichsbürger zugeordnet.

Der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke warnt: „Von denen geht ein ideologisch hohes Gefährdungspotenzial aus.“ In ihrem Verhalten würden sie teils „weiter als die NPD gehen“. Auch das Brandenburger Innenministerium nimmt die vermeintlichen Spinner ernst. Das Spektrum reiche von „notorischen Querulanten über zahlungsunwillige Finanzextremisten bis hin zu in der Wolle gefärbten Rechtsradikalen“, sagt Innenminister Dietmar Woidke (SPD). Um besser mit Provokationen der „Reichsbürger“ umgehen zu können, wurden im Land bereits rund 220 Verwaltungsmitarbeiter und Polizisten vom Verfassungsschutz geschult.

## Beschäftigungstherapie von rechts

<http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1087378>

Red. Beeskow, [beeskow-red@moz.de](mailto:beeskow-red@moz.de)

[Jörg Kühl](#) 15.01.2013 19:16 Uhr

Beeskow (MOZ) Immer wieder gehen in der Kreisverwaltung Oder-Spree und in den Rathäusern der Gemeinden Anträge von selbsternannten "Reichsbürgern" ein. Diese wollen auf der Rechtsgrundlage des Deutschen Reichs bedient werden. Das Landratsamt hat nun die Reißleine gezogen.

Reißleine gezogen: Dezernent Rolf Lindemann vom Landratsamt Oder-Spree hat seine Mitarbeiter angewiesen, Anträge von "Reichsdeutschen" zu ignorieren © MOZ/Jörn Tornow

"Sofern Sie mit den Dokumenten innerhalb der BRD auf Probleme stoßen, informieren Sie die Exilregierung. Mit reichsdeutschen Grüßen: Krumpholz, Polizeipräsident der Exilregierung Deutsches Reich." Den Briefkopf zieren links oben ein Reichsadler, rechts oben ein Bundesadler. Die Worte "Reichsregierung Deutsches Reich" sind in Fraktur ausgeführt. Wenn man das Papier in einem Babelsberger Studio liegen sehen würde, würde man es glatt als eine Filmrequisite für einen Historienstreifen halten. Doch das Papier liegt auf dem Schreibtisch von Rolf Lindemann, Dezernent im Landratsamt Oder-Spree. Dort häufen sich in den letzten Monaten Eingaben, Anträge und Beschwerden selbst ernannter "Reichsdeutscher". In einem anderen Schreiben fordert ein Bürger Schadensersatz wegen abgelehnter Sozialleistungen, "zahlbar in Gold, Silber oder Platin in handelsüblicher Stückelung".

Lindemann und seine Kollegen können über solchen Unfug inzwischen nicht mehr lachen. Denn allzu lange hat man sich mit den zweifelhaften Vorgängen beschäftigt, wertvolle Arbeitskraft und Zeit wurden vergeudet. "Wenn man das Leitbild einer bürgerfreundlichen Verwaltung lebt, beantwortet man auch solche Schreiben freundlich und sachlich." Doch die Gegenseite lässt nicht locker, immer wieder beschäftigen die Zeitgenossen, die das bundesdeutsche Grundgesetz und die europäische Gemeinschaftswährung nur dann anerkennen, wenn es ihnen nutzt, die Sachbearbeiter. Der Ton wird dabei immer schärfer.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Inzwischen sei es üblich geworden, bei ablehnenden Bescheiden mit Dienstaufsichtbeschwerden oder rechtlichen Schritten zu drohen und damit die Mitarbeiter zu verunsichern.

Welche Geisteshaltung die "Reichsbürger" haben, ist Lindemann und seinen Kollegen ein Rätsel. "Manche argumentieren ungefähr völkerrechtlich, andere bedienen rundheraus antisemitische Klischees", berichtet Lindemann. So sind den Schreiben oft pseudowissenschaftliche Dossiers beigelegt, die sich mit der "jüdischen Hochfinanz" oder anderen Versatzstücken rechtsextremer Verwirrung beschäftigen. Damit die 100-Seiten-Pamphlete möglichst vollständig in den Amtsstuben ankommen und dabei möglichst viel Papier vernichten, werden sie vorzugsweise nachts durchgefäxt.

Auch im Straßenverkehrsamt sind die "Reichsdeutschen" inzwischen zur Plage geworden. "Immer wieder erhalten wir Hinweise über Nummernschilder, die mit dem Reichsadler oder der preußischen Flagge überklebt wurden", weiß Amtsleiter Michael Rose zu berichten. "Die Schilder sind meistens am Auto vernietet, damit sie die Ordnungsbehörden nicht abnehmen können." Autokennzeichen mit unerlaubten Symbolen auszustatten, könne den Straftatbestand der Urkundenfälschung erfüllen, warnt Rose.

Die Kreisverwaltung sieht sich inzwischen genötigt, die Mitarbeiter per Rundschreiben über den Umgang mit den selbsternannten "Reichsdeutschen" zu unterrichten. In dem Schreiben heißt es: "Auf derartige Störmanöver wird künftig nicht mehr reagiert. Die Unterlagen sind an den Vorgesetzten weiterzuleiten und dort für eine eventuelle rechtliche Auseinandersetzung zu sammeln."

Das Problem ist längst auch in den Rathäusern angekommen. In Fürstenwalde kennt man derartige Auseinandersetzungen schon seit drei Jahren, berichtet Petra Bonnawitz, Fachgruppenleiterin Bürgerbüro. Der Umgang mit den "Reichsbürgern" sei sehr zäh, "doch wir lassen uns auf keine Diskussion mehr ein". Selbst in einer ländlichen Kommune, wie Friedland, gibt es Bürger, die den deutschen Rechtsstaat nicht anerkennen: "Probleme haben wir mit einem Bürger, der uns bei der Kassierung von Beiträgen für den Wasser- und Bodenverband behindert", sagt Bürgermeister Thomas Hähle. Er fordert Rückendeckung von der Politik auf Landes- und Bundesebene: "Unsere Beamten und Sachbearbeiter benötigen eine praktisch anwendbare Rechtsauffassung zum Umgang mit diesen Vorfällen."

## V-Mann soll enge Kontakte zur NSU gehabt haben

Quelle: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1090529>

Märkische Oder zeitung, 20.01.2013 18:05 Uhr

Potsdam (dapd) Ein V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes soll tiefer in die Affäre um die rechtsextremistische Terrorzelle NSU verstrickt gewesen sein als bislang bekannt. Der V-Mann mit dem Decknamen "Piatto" sei im unmittelbaren Unterstützerkreis der NSU im sächsischen Chemnitz aktiv gewesen, als deren Mitglieder 1998 untertauchten, berichtete die Zeitung "Potsdamer Neueste Nachrichten" (Samstagsausgabe).

Die Terrorzelle lebte mehr als ein Jahrzehnt unentdeckt von den Sicherheitsbehörden im Untergrund und wird bundesweit für zehn Morde verantwortlich gemacht. Ihr gehörten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe an. Das Trio flog im November 2011 auf: Als Mundlos und Böhnhardt nach einem Banküberfall von der Polizei verfolgt wurden, töteten sie sich selbst.

Zschäpe zündete die gemeinsame Unterkunft im sächsischen Zwickau an und stellte sich der Polizei. Sie sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Bei der Aufklärung der Taten des Trios sind zahlreiche Pannen von Ermittlungsbehörden bekanntgeworden. Mehrere Verfassungsschutzchefs nahmen ihren Hut.

Die Pannen werden unter anderem von einem Untersuchungsausschuss des Bundestages beleuchtet. Zwtl.: V-Mann lieferte Informationen über das Trio. Bisher habe Brandenburg im Gegensatz zu anderen Ländern wie Thüringen und Sachsen keine Verfehlungen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Mordserie der NSU festgestellt, schrieb die Zeitung. Alle relevanten Informationen seien weitergeleitet worden und nicht versickert.

Jetzt jedoch sehe der NSU-Untersuchungsausschuss weiteren Aufklärungsbedarf. "Piatto" habe dem Verfassungsschutz im Jahr 1998 nicht nur Informationen darüber geliefert, dass ein Skinhead-Trio aus zwei Männern und einer Frau untertauchen wolle und vom Chef des braunen Netzwerks "Blood & Honour" in Sachsen mit Waffen für einen Überfall ausgerüstet werden solle.

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

Er habe dem Verfassungsschutz auch mitgeteilt, dass die Betreiberin eines Vertriebs für rechte Szeneartikel der Frau im Trio ihren Pass zur Flucht geben wolle. Im Frühjahr 1999 sei "Piatto" von der Geschäftsfrau angestellt worden. Er sei damit im direkten Helferkreis der NSU beschäftigt gewesen, habe aber keine weiteren Informationen über das Terrortrio geliefert. Zwtl.: Beweisanträge fristgerecht bearbeitet Die Obfrau der Linken im Untersuchungsausschuss, Petra Pau, forderte Aufklärung vom Innenministerium. "Entweder der Verfassungsschutz wusste mehr oder der V-Mann hat ein doppeltes Spiel gespielt", sagte Pau dem Blatt.

Im Ausschuss herrsche Unzufriedenheit über die Zuarbeiten Brandenburgs. Das Land liefere nur schleppend Unterlagen an den Ausschuss. Der Sprecher des Innenministeriums, Ingo Decker, sagte auf dapd-Anfrage: "Zu quellenbezogenen Informationen äußern wir uns im Detail grundsätzlich nicht öffentlich." Alle Informationen gingen aber "in die allgemeinen Lagebeurteilungen des Verfassungsschutzes" ein. In Bezug auf "Piatto" bleibe es bei der bisherigen Einschätzung, wonach Brandenburg seinerzeit alle relevanten Informationen an die zuständigen Dienststellen anderer Bundesländer und des Bundes weitergeleitet hat.

Decker fügte hinzu: "Dessen ungeachtet überprüfen wir selbstverständlich fortlaufend unseren Erkenntnisstand vor dem Hintergrund der laufenden Aufarbeitung des NSU-Komplexes." Decker wehrte sich zugleich gegen die Kritik Paus. "Ich weise den Vorwurf zurück, dass Brandenburg dem NSU-Untersuchungsausschuss nur schleppend zuarbeiten würde. Tatsache ist, dass Brandenburg bislang allen Beweisanträgen fristgerecht nachgekommen ist."

## Infragestellung des Rechtsstaats

### Brandenburgs Innenminister warnt erneut vor „Reichsbürgern“

Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12459592/62249/Brandenburgs-Innenminister-warnt-erneut-vor-Reichsbuergern%E2%80%9D-Infragestellung-des.html>

Märkische Allgemeine, 24.01.2013 / 17:34



Dietmar Woidke

Potsdam - Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) hat erneut vor sogenannten Reichsbürgern und Reichsregierungen gewarnt. Im vergangenen Jahr seien sie in Brandenburg zunehmend aktiv geworden. Reichsbürger wollten Verwirrung stiften, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken, erklärte Woidke.

Nicht alle Beteiligten seien der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Bisweilen sei aber eine große ideologische Nähe zum Rechtsextremismus offensichtlich. Der Verfassungsschutz plane in diesem Jahr eine weitere Informationsveranstaltung für Verwaltungsmitarbeiter und Polizisten.

Bereits im vergangenen Jahr hatten das Innenministerium und der Verfassungsschutz vor Reichsbürgern gewarnt. Ihre Zahl wird auf etwa 100 geschätzt. Sie zweifeln amtliche Bescheide an oder weisen sich mit selbst gebastelten Ausweisen aus Vorkriegszeiten aus.

In Brandenburg bekamen Hunderte Schulen Post „auf besondere Anordnung der Reichsregierung und des Reichsgerichts“. Darin wurden sie zur „Vorsorge im Ernstfall“

# Reichsbürger und Rechts im Fokus des Systems - Chronologie

wegen angeblich anstehender Veränderungen in Deutschland aufgefordert. Ziel solcher Aktionen ist laut Verfassungsschutz eine Infragestellung des Rechtsstaats und eine Blockade staatlichen Handelns. dpa

## Verwirraktionen von »Reichsbürgern«

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2013/01-25/055.php>

Die Tageszeitung junge Welt, 25.01.2013 / Inland / Seite 2

Potsdam. In Brandenburg sind verstärkte Aktivitäten sogenannter Reichsbürger zu verzeichnen. Es häuften sich Fälle, in denen öffentliche Einrichtungen von »Selbstverwaltungen«, »Exilregierungen« oder »kommissarischen Reichsregierungen« in pseudojuristischer Diktion angeschrieben und zur Rücknahme behördlicher Bescheide gedrängt würden, sagte Innenminister Dietmar Woidke (SPD) am Donnerstag in Potsdam. »Ich warne vor einer Unterschätzung derartiger Verwirraktionen, rate jedoch zur Gelassenheit.« Die »pseudojuristischen Ergüsse dieser Szene« entbehrten jeder Grundlage. »Reichsbürger« erkennen die BRD nicht an, sondern hängen der Fiktion eines völkerrechtlich fortbestehenden »Deutschen Reiches« nach. (dapd/jW)